

PDF-Datei der Heimat am Inn

Information zur Bereitstellung von PDF-Dateien der Heimat am Inn-Bände

Einführung:

Der Heimatverein Wasserburg stellt sämtliche Heimat am Inn-Bände der alten und neuen Folge auf seiner Webseite als PDF-Datei zur Verfügung.

Die Publikationen können als PDF-Dokumente geöffnet werden und zwar jeweils die Gesamtausgabe und separiert auch die einzelnen Aufsätze (der neuen Folge).

Zudem ist in den PDF-Dokumenten eine Volltextsuche möglich.

Die PDF-Dokumente entsprechen den Druckausgaben.

Rechtlicher Hinweis zur Nutzung dieses Angebots der Bereitstellung von PDF-Dateien der Heimat am Inn-Ausgaben:

Die veröffentlichten Inhalte, Werke und bereitgestellten Informationen sind über diese Webseite frei zugänglich. Sie unterliegen jedoch dem deutschen Urheberrecht und Leistungsschutzrecht. Jede Art der Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung, Einspeicherung und jede Art der Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechts bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des jeweiligen Rechteinhabers. Das unerlaubte Kopieren/Speichern der bereitgestellten Informationen ist nicht gestattet und strafbar. Die Rechte an den Texten und Bildern der *Heimat am Inn-Bände* bzw. der einzelnen Aufsätze liegen bei den genannten Autorinnen und Autoren, Institutionen oder Personen. Ausführliche Abbildungsnachweise entnehmen Sie bitte den Abbildungsnachweisen der jeweiligen Ausgaben.

Dieses Angebot dient ausschließlich wissenschaftlichen, heimatkundlichen, schulischen, privaten oder informatorischen Zwecken und darf nicht kommerziell genutzt werden. Eine Vervielfältigung oder Verwendung dieser Seiten oder von Teilen davon in anderen elektronischen oder gedruckten Publikationen ist ausschließlich nach vorheriger Genehmigung durch die jeweiligen Rechteinhaber gestattet.

Eine unautorisierte Übernahme ist unzulässig.

Bitte wenden Sie sich bei Fragen zur Verwendung an:

Redaktion der Heimat a. Inn, E-Mail: [matthias.haupt\(@\)wasserburg.de](mailto:matthias.haupt(@)wasserburg.de).

Anfragen werden von hier aus an die jeweiligen Autorinnen und Autoren weitergeleitet. Bei Abbildungen wenden Sie sich bitte direkt an die jeweils in den Abbildungsnachweisen genannte Einrichtung oder Person, deren Rechte ebenso vorbehalten sind.

Inhaltsübersicht

Vorworte des 1. Bürgermeisters der Stadt Wasserburg Michael Kölbl und des 1. Vorsitzenden des Heimatvereins Dr. Martin Geiger	5/6
<i>Ferdinand Steffan</i> Wasserburger Brunnen - Eine systematische Beschreibung	7
<i>Rudolf Haderstorfer</i> Franz Lorenz Gerbl, der Gründer der „Aenania“	97
<i>Rudolf Haderstorfer</i> Die Hausbibliothek der Familie Gerbl	127
<i>Rainer Gimmel</i> Der beraubte Propst: Die Deckplatte des Tumbengrabmals für Jakob Hinderkircher in der ehemaligen Augustinerchorherrenstiftskirche in Gars am Inn	139
<i>Thomas Götz</i> Geschlechter-Verhältnisse. Männer und Frauen vor Wasserburger Gerichten des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts	165
<i>Ferdinand Steffan</i> Die Schlacht bei Hohenlinden und ihre Auswirkungen, dargestellt anhand zweier Tagebücher	207
<i>Jaromír Dittman-Balcar</i> Auf der Achterbahn der Wählergunst. CSU und SPD zwischen politischem Neubeginn und gesellschaftlichem Aufbruch (1945 - 1975) - Das Beispiel Wasserburg am Inn	267
<i>Register</i>	325

Jaromír Balcar

Auf der Achterbahn der Wählergunst
CSU und SPD zwischen politischem Neubeginn und
gesellschaftlichem Aufbruch (1945-1975)
- Das Beispiel Wasserburg am Inn

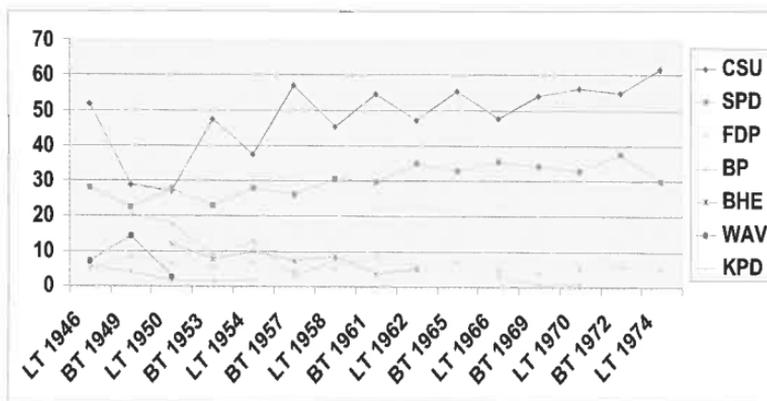
I. Einleitung

Bald seit einem halben Jahrhundert gilt Bayern als wahlsoziologischer Sonderfall: Zwar durchlief der Freistaat nach Ende des Zweiten Weltkriegs einen atemberaubenden Strukturwandel, in dessen Verlauf sich das zuvor rückständige Agrarland zu einem modernen Industriestaat mauserte, der heute, was wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Finanzkraft betrifft, mit an der Spitze der Bundesländer steht¹. Im gleichen Zeitraum freilich avancierte mit der CSU eine konservative Kraft zur alleinregierenden Staats- und Hegemonialpartei, während die SPD, die sich doch die Vertretung der Arbeiterinteressen auf die Fahnen geschrieben hatte, zur ewigen Oppositionspartei verdammt zu sein scheint. Angesichts dieser Tatsache nehmen selbst Wissenschaftler Zuflucht zu der hilflosen Formulierung, daß „in Bayern die Uhren eben anders“ gingen². Damit ist natürlich nichts erklärt, - und dem Historiker, Politikwissenschaftler und Soziologen stellt sich die Frage, warum die CSU in Bayern zur alles dominierenden politischen Kraft aufsteigen konnte, während die Vertreter der SPD seit 1957 mit den harten Oppositionsbänken im Maximilianeum vorliebnehmen mußten? Wie erklärt es sich, daß die bayerische Unionspartei, die in den Wahlen des Jahres 1946 triumphale Wahlerfolge gefeiert hatte, in den folgenden Jahren deutlich in der Wählergunst sank, ab 1953 ihre Hegemonialposition im Freistaat jedoch wieder schrittweise zurückgewann? Und warum brach der kontinuierliche Aufwärtstrend, den die Sozialdemokratie seit den späten 1950er Jahren verzeichnen konnte, Mitte der 1970er Jahre so plötzlich ab?

¹ Aus der umfangreichen Literatur zu diesem Strukturwandel sei lediglich genannt: Paul ERKER, Keine Sehnsucht nach der Ruhr. Grundzüge der Industrialisierung in Bayern 1900-1970, in: *Geschichte und Gesellschaft* 17 (1991), 480-511. Zur regionalen Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik vgl. Dietmar PETZINA, Standortverschiebungen und regionale Wirtschaftskraft in der Bundesrepublik Deutschland seit den fünfziger Jahren, in: Josef WYSOCKI (Hg.), *Wirtschaftliche Integration und Wandel von Raumstrukturen im 19. und 20. Jahrhundert* 1994, 101-127.

² So etwa Jürgen W. FALTER, Bayerns Uhren gehen wirklich anders. Politische Verhaltens- und Einstellungsunterschiede zwischen Bayern und dem Rest der Bundesrepublik, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 13 (1982), 504-521. Kritisch damit ins Gericht ging bereits Alf MINTZEL, Gehen Bayerns Uhren wirklich anders?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 18 (1987), 77-93.

Graphik 1: Wahlergebnisse in Bayern 1946-1974



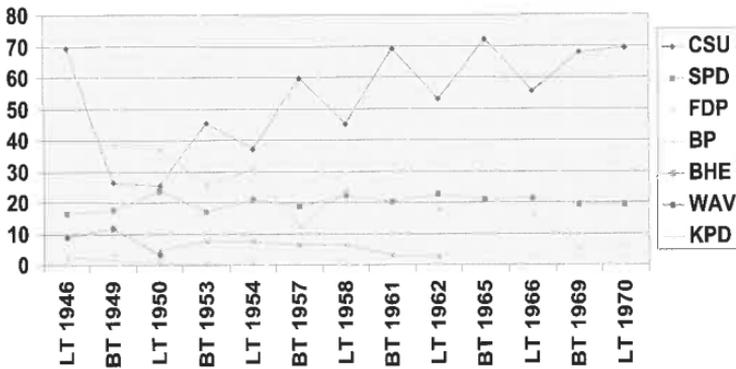
Quelle: Gerhard A. RITTER - Merith NIEBUSS, Wahlen in Deutschland 1946-1991. Ein Handbuch, 1991, S. 121 und S. 174.

Um Antworten auf diese Fragen zu geben, wird im folgenden die politische Entwicklung im Altlandkreis Wasserburg am Inn zwischen 1945 und 1974 analysiert. Kein Zufall, daß die Wahl auf diese Region fiel³: Wie in weiten Teilen des Freistaats, dominierte der primäre Sektor auch hier nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs immer noch das Wirtschaftsleben; Handel und Gewerbe waren dagegen weitgehend auf die Kreisstadt sowie auf die Marktgemeinden Haag und Isen beschränkt. Das Gros der Bevölkerung bestand aus Katholiken, während Protestanten in größerer Zahl erst im Zuge der Kriegs- und Nachkriegswirren an den Inn verschlagen wurden. In politischer Hinsicht war der Landkreis Wasserburg, wie viele andere im ländlichen Altbayern, bis 1933 eine treue Hochburg der Bayerischen Volkspartei (BVP) gewesen, während die SPD in den Jahren der Weimarer Republik kaum ein Bein auf den Boden gebracht hatte. An zweiter Position in der Wählergunst rangierte mit dem Bayerischen Bauernbund eine Partei, die wie die BVP ihren Rückhalt in erster Linie unter der bäuerlich-katholischen Landbevölkerung fand; ihre Wähler kehrten der Partei jedoch am Ende der 1920er Jahre größtenteils den Rücken. Allerdings konnte die NSDAP vor der „Machtergreifung“ kaum Kapital aus dieser Entwicklung schlagen, da das Stammland der BVP gegenüber dem Nationalsozialismus weitgehend resistent blieb⁴.

³ Vgl. im folgenden BALCAR, Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz, 2004 (Bayern im Bund, Bd. 5), 134 f.

Hinsichtlich der sozioökonomischen Strukturen wie auch der politischen Traditionen stellte der Altlandkreis Wasserburg am Inn also den Archetyp einer CSU-Hochburg dar, während er umgekehrt für die SPD ein besonders schwieriges Pflaster markierte.

Graphik 2 Wahlergebnisse im Altlandkreis Wasserburg 1946-1970



Quelle: Beiträge zur Statistik Bayerns 206, S. 56-61, Beiträge zur Statistik Bayerns 224, S. 60-97, Beiträge zur Statistik Bayerns 237, S. 86-107, Beiträge zur Statistik Bayerns 272 a, S. 14-262, Statistisches Jahrbuch für Bayern 29 (1969), S. 110-117, Beiträge zur Statistik Bayerns 291 a, S. 34-210, und Beiträge zur Statistik Bayerns 309 a, S. 8-18.

Daher lassen sich die Prozesse der Durchdringung des Landes durch die CSU einerseits und der Marginalisierung der SPD auf dem Land andererseits hier wie durch ein Brennglas analysieren. Allerdings verlief diese Entwicklung, wie zu zeigen sein wird, keineswegs so geradlinig oder gar zwangsläufig, wie es aus heutiger Sicht scheinen mag. Zudem, das ist die zentrale These dieses Aufsatzes, gaben nicht allein sozioökonomische Faktoren den Ausschlag für Erfolg oder Mißerfolg, sondern in ebenso starkem Maße auch die Entwicklung der Parteien selbst. Daher wird zunächst die Gründungsphase der Volksparteien sowie deren programmatische und organisatorische Entwicklung bis zum „Machtwechsel“ von 1969 in den Blick genommen: Die CSU wandelte sich, auch im Zuge der existenzbedrohenden Auseinandersetzung mit der Bayernpartei, von einem reinen Honoratiorenzirkel zu einer „Massen- und Apparatpartei modernen Typs“ (Alf Mintzel), und auch die SPD

⁴ Ihr bestes Ergebnis im Raum Wasserburg hatte die NSDAP bei der Reichstagswahl vom Juli 1932 erzielt, als sie 13,9 Prozent erhielt, während die BVP auf 59,5 Prozent und der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund auf 14,7 Prozent kamen. Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 64 (1932), 458-459. Zur BVP vgl. Klaus SCHÖNHOFEN, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, 1972.

mauserte sich seit den späten 1950er Jahren von der alten „Traditionskompanie“ der Arbeiterbewegung zu einer echten Volkspartei. Die entscheidende Weichenstellung für die bis heute vorherrschenden Kräfteverhältnisse, so die zweite These, erfolgte jedoch erst in den frühen 1970er Jahren, als beide Volksparteien vor der Zerreißprobe standen: die CSU aufgrund der kommunalen Gebietsreform, die SPD angesichts der massiven Auseinandersetzungen mit dem eigenen Nachwuchs.

II. Gründung und Aufstieg der Volksparteien (1945-1969)

1. Parteigründung im Honoratiorenzirkel

In ihren Selbstdarstellungen hat sich die CSU stets als völlig neue politische Kraft bezeichnet, als eine Partei, die 1945 gleichsam aus dem Nichts geschaffen worden sei⁵. Das trifft freilich nur teilweise zu. Neu war in der Tat das Konzept der Sammlung aller christlichen Kräfte, das Adam Stegerwald und Josef Müller vertraten. Mit ihm sollte die traditionelle Spaltung des bürgerlichen Lagers entlang konfessioneller Grenzen überwunden werden. Personell und organisatorisch hingegen knüpfte die CSU - zumindest in Altbayern - nahtlos an die 1933 untergegangene Bayerische Volkspartei an, und zwar aus zwei Gründen: Erstens erleichterte der Rückgriff auf erprobtes Personal und bewährte Strukturen den Neustart - ein im Hinblick auf die im Jahr 1946 bevorstehenden Wahlen wichtiger Gesichtspunkt. Zweitens war das Konzept einer Partei neuen Typs innerhalb der Führungsriege der CSU keineswegs unumstritten. Allen voran Fritz Schäffer und Alois Hundhammer, die schon in der BVP führende Rollen gespielt hatten, wollten diesen Weg nicht beschreiten⁶. Ihr Vorteil bestand darin, daß sie in Altbayern auf ein relativ engmaschiges Netz persönlicher Kontakte zu ehemaligen Parteifreunden zurückgreifen konnten. Diese alten Seilschaften vergrößerten die Hausmacht des konservativ-katholischen Flügels der CSU beträchtlich, da die neugeschaffenen Kreisorganisationen automatisch in ihr Schlepptau gerieten.

So ging die Gründung der CSU im Landkreis Wasserburg am Inn

⁵ Eingangs des ersten Grundsatzprogramms der CSU „Die 30 Punkte der Union“ vom 31.10.1946 heißt es etwa: „Die Christlich-Soziale Union in Bayern ist eine neue und junge Partei, die sich zum sozialen Fortschritt unseres Jahrhunderts bekennt.“ Abgedruckt in: Barbara FAIT - Alf MINTZEL - Thomas SCHLEMMER (Hg.), Die CSU 1945-1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union, 3 Bde., 1993, 1734-1736.

nicht von einer Initiative ortsansässiger Persönlichkeiten aus, sie wurde vielmehr auf Geheiß von oben vollzogen. Ende 1945 wandte sich Fritz Schäffer, der von München aus die Fäden zog, in einem Brief an seinen ehemaligen Parteifreund Franz Xaver Köck, um ihn von der Gründung der „Bayerischen Christlich-Sozialen Union“ in München zu informieren⁷. Köck, ein 1887 geborener und in der Kreisstadt ansässiger Bäckermeister, hatte bis 1933 den Vorsitz der BVP in der Region Wasserburg innegehabt⁸. Er verfügte daher über beste Kontakte zu den ehemals politisch einflußreichen Persönlichkeiten in und um Wasserburg, die das „Dritte Reich“ und den Zweiten Weltkrieg heil überstanden hatten. In erster Linie verfolgte Schäffer das Ziel, möglichst rasch einen CSU-Kreisverband in Wasserburg auf die Beine zu stellen, was Köck vor Ort in die Hand nehmen sollte. Der honorierte Bäckermeister, der als treuer Satrap Schäffers galt⁹, befolgte den Auftrag des Staatsrats umgehend: Die konstituierende Sitzung des Kreisverbands fand bereits am 17. Dezember 1945 in der „Gaststätte Aumüller“ statt¹⁰.

Damit hatte die Partei zwar ihre Tätigkeit im Raum Wasserburg aufgenommen, aber es war noch nicht die CSU, die wir heute kennen. Denn vom Parteikonzept Josef Müllers, das „auf eine interkonfessionelle demokratische Massenpartei auf breiter organisatorischer Basis als Gegenstück und Alternative zur sozialdemokratischen

⁶ Vgl. den knappen Überblick bei Alf MINTZEL, *Geschichte der CSU. Ein Überblick*, 1977, 58-60. Ausführlich zu den Auseinandersetzungen um den Charakter der CSU vgl. Thomas SCHLEMMER, *Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955*, 1998, 9-118. Zum Zerfallsprozeß der BVP nach der „Macht-ergreifung“ vgl. Klaus SCHÖNHOFEN, *Der politische Katholizismus in Bayern unter der NS-Herrschaft 1933-1945*, in: Martin BROZAT - Hartmut MEHRINGER (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. V: *Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand*, 1983, 541-646; Klaus SCHÖNHOFEN, *Zwischen Anpassung und Ausschaltung. Die Bayerische Volkspartei in der Endphase der Weimarer Republik 1932/33*, in: *Historische Zeitschrift* 224 (1977), 340-378. Zur Rolle Schäffers in der BVP vgl. Otto ALTENDORFER, *Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei (1888-1945)*, 2 Bde., 1993.

⁷ Dazu und im folgenden Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung (im folgenden ACSP), Kreisverband (im folgenden KV) Wasserburg 2, Fritz Schäffer an Franz Xaver Köck, undatiert (vor 17.12.1945).

⁸ Zu Köcks Rolle in der BVP Wasserburger Anzeiger vom 15.5.1920, und ACSP, KV Wasserburg 1, Verzeichnis der Vorstandsmitglieder der BVP im Bezirk Wasserburg vom 1.1.1932.

⁹ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München (im folgenden IfZ-Archiv), Record Group (im folgenden RG) 260, CO-465/1, Monthly Political Activity Report Landkreis Wasserburg vom 1.2.1946. Köck wurde in diesem Bericht von Captain A. L. Klinger als „ardent follower of Dr. Fritz Schaeffers doctrines and political theories“ charakterisiert.

¹⁰ ACSP, KV Wasserburg 2, Protokoll über die Versammlung zur Vorbereitung der Gründung der Bayer[ischen] Christlich-Sozialen Union in Wasserburg am 17.12.1945. Das Folgende nach ebenda.

Massenpartei“ hinauslief¹¹, war man in Wasserburg noch meilenweit entfernt. Hier blieb die bayerische Unionspartei zunächst eine reine Honoratiorenpartei, was sich an drei Faktoren festmachen läßt: dem Führungspersonal, dem Apparat und dem Programm der Partei.

Unter den 25 Gründungsmitgliedern der Wasserburger CSU befanden sich 23 Selbständige - Kaufleute, Handwerksmeister, Fabrikanten und vor allem Bauern¹². Als einziger abhängig Beschäftigter gehörte Max Josef Schessl aus Wasserburg dem erlauchten Zirkel an, aber auch er war kein einfacher Arbeiter, sondern immerhin Postsekretär. Von der Zusammensetzung ihrer Gründerväter her gesehen, war die CSU demnach eine Partei des alteingesessenen ländlich-katholischen Besitzmittelstandes¹³. Daß Ansehen und Sozialprestige bei der Zusammenstellung des Gründerzirkels der Wasserburger CSU vorrangige Bedeutung zukam, illustriert auch die Tatsache, daß ihm mit Georg Fischer aus Attel, Josef Meindl aus Isen, Zeno Kern aus Westach und Heinrich Stulberger aus Amerang immerhin vier Bürgermeister und in Gestalt von Alfons Püls ein Stadtrat angehörten.

Der Honoratiorencharakter der CSU wird auch mit Blick auf den Parteipparat deutlich - besser gesagt: mit Blick auf den fehlenden Parteipparat. Aufgrund der enormen Kommunikationsschwierigkeiten konnten zunächst keine Parteigliederungen in den Gemeinden ins Leben gerufen werden¹⁴. Erst im April 1946 gelang die Gründung eines Ortsverbandes in Babensham, der zum Zeitpunkt der Gründung 60 Mitglieder zählte¹⁵. Ende Juni 1946 konnte ein weiterer Ortsverband in Amerang gegründet werden¹⁶, doch damit war das Ende der Fahnenstange bereits erreicht. Die flächendeckende Ausdehnung der Parteiorganisation über den gesamten Landkreis gelang vorerst nicht. Eine gravierende Folge der organisatorischen Schwäche war, daß die Mitgliederwerbung nur schleppend verlief. Die Gründerväter waren diesbezüglich sehr optimistisch gewesen und hatten gehofft, die CSU werde im Raum Wasserburg bald 6.000 bis 7.000 Mitglieder zählen¹⁷. Die Realität sah freilich ganz anders

¹¹ MINTZEL, Geschichte der CSU, 58.

¹² IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Gesuch zur Gründung der Bayerischen Christlich-Sozialen Union im Landkreis Wasserburg vom 2.1.1946. Die Aufstellung findet sich auch in ACSP, KV Wasserburg 2, wobei es sich um eine durch den Landrat beglaubigte Liste handelt, die vom 29.12.1945 datiert.

¹³ Vgl. MINTZEL, Geschichte der CSU, 127-129.

¹⁴ ACSP, KV Wasserburg 2, CSU KV Wasserburg an Militärregierung vom 15.3.1946.

¹⁵ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, CSU KV Wasserburg an Militärregierung vom 30.4.1946.

¹⁶ ACSP, KV Wasserburg 2, CSU KV Wasserburg an Militärregierung vom 26.6.1946.

aus: Ende 1946 besaßen nur 354 Wasserburger eine Mitgliedskarte der CSU¹⁸. Was die Mitglieder betrifft, war die CSU im Landkreis Wasserburg anfangs alles andere als eine echte Volkspartei.

Daß die CSU hier zunächst einen Honoratiorenzirkel darstellte, kam auch in ihrem ersten programmatischen Orientierungsrahmen vom Dezember 1945 zum Ausdruck. Bezeichnenderweise kam der Begriff „Partei“ darin nicht ein einziges Mal vor¹⁹, statt dessen war stets von einem nicht näher definierten „wir“ die Rede. Damit sollten sich alle angesprochen fühlen, „die guten Willens sind, über alle Konfessionen, alle Stände, alle Rassen und alle Altersschichten hinweg.“ Konkrete politische Ziele fehlten weitgehend. Das rudimentäre Programm muß daher als Aufforderung an die Einheimischen verstanden werden, sich hinter dem breiten Rücken angesehener und weithin geachteter Persönlichkeiten zu scharen, die die Lauterkeit der Ziele der Partei verbürgen sollten. Das zielte freilich nicht zuvorderst auf den Gründungsvorsitzenden Franz Xaver Köck, dessen politischer Ehrgeiz mit gutem Grund bescheiden blieb, fehlten ihm doch - nach Einschätzung der amerikanischen Militärregierung - alle Fähigkeiten eines erfolgreichen Politikers²⁰.

Die eigentliche Führungspersönlichkeit war Dr. Max Zwicknagl, der wie Köck zu den 25 Gründungsmitgliedern der CSU im Landkreis zählte²¹. Wenngleich ebenfalls ein Honoratiorenpolitiker klassischen Typs, ragte er hinsichtlich Herkunft und Bildung aus diesem Personenkreis deutlich heraus: Zwicknagl, der im Juli 1900 in Rott am Inn das Licht der Welt erblickt hatte, stammte aus großbürgerlichem Elternhaus und hatte in München und Würzburg Nationalökonomie studiert. Daher verfügte er über einen ganz anderen Horizont als Köck und die übrigen Wasserburger CSU-Gründer. Als

¹⁷ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Gesuch zur Gründung der Bayerischen Christlich-Sozialen Union im Landkreis Wasserburg vom 2.1.1946.

¹⁸ IfZ-Archiv, RG 260, 10/78-2/5, Quarterly Historical Report Landkreis Wasserburg 1.10.-31.12.1946, undatiert.

¹⁹ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Gesuch zur Gründung der Bayerischen Christlich-Sozialen Union im Landkreis Wasserburg vom 2.1.1946, Anlage 1: Programm der Bayerischen Christlich-Sozialen Union für den Landkreis Wasserburg, undatiert (Ende Dezember 1945). Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

²⁰ Zur Einschätzung Köcks durch die amerikanische Militärregierung IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Political Activity Annex to Intelligence Report vom 1.2.1947.

²¹ Zur führenden Rolle Zwicknagls in der Wasserburger CSU IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Political Activity Report Landkreis Wasserburg vom 30.3.1946, und ebenda Political Activity Annex to Intelligence Report Landkreis Wasserburg vom 1.2.1947, sowie ebenda, 10/78-3/1, Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg für Oktober 1946, undatiert. Zu Zwicknagl vgl. BALCAR, Politik, 141-144.

erklärter Gegner des Nationalsozialismus hatte Zwicknagl nach der sogenannten „Machtergreifung“ eine schwere Zeit durchlebt. Nach der Befreiung wirkte er im Raum Wasserburg bei der Entnazifizierung mit, was für ihn zum Sprungbrett für die politische Karriere werden sollte: 1946 wurde Zwicknagl zunächst in den Kreistag, dann in die Verfassunggebende Landesversammlung und schließlich in den Landtag gewählt²², wo er als einer der ganz wenigen oberbayerischen Abgeordneten der CSU den Kurs von Parteichef Müller unterstützte.

Wenn freilich die CSU zunächst kaum mehr war als ein lockerer Honoratiorenzirkel, wie erklären sich dann ihre enormen Erfolge in den Urnengängen des Jahres 1946? Schließlich war die bayerische Unionspartei aus den Kommunalwahlen, der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung und der ersten Landtagswahl als eindeutige Siegerin hervorgegangen. Insbesondere drei Faktoren trugen zur frühen CSU-Dominanz bei²³: Erstens verfügte sie in Gestalt des Bayerischen Bauernverbands²⁴ und der katholischen Kirche²⁵ über einflußreiche Verbündete. Zweitens war es der CSU gelungen, die geachteten und angesehenen Persönlichkeiten vor Ort an sich zu binden, hinter denen das Gros der einheimischen Bevölkerung stand. Sie entfalteten im Wahlkampf eine enorme Mobilisa-

²² IfZ-Archiv, RG 260, 10/78-3/1, Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg for November 1946, undatiert (nach 1.12.1946), und ebenda, 10/78-2/5, Quarterly Historical Report Landkreis Wasserburg 10.1.-31.12.1946, undatiert.

²³ Vgl. im folgenden BALCAR, Politik, 166-168.

²⁴ IfZ-Archiv, RG 260, 10/78-3/1, Quarterly Historical Report LK Wasserburg vom 17.9. 1947. Zum Bayerischen Bauernverband vgl. Andreas EICHMÜLLER, Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung in Bayern. Ökonomischer und sozialer Wandel 1948-1970. Eine vergleichende Untersuchung der Landkreise Erding, Kötzing und Obernburg, 1997, 320-336. Zur Unterstützung der CSU durch den BBV wie auch zu den engen personellen Verflechtungen vgl. Dietrich THRÄNHARDT, Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848-1953. Historisch-soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung des Parteiensystems, 1973, 235-240.

²⁵ Zur großen Bedeutung der Kirche für die frühen Wahlerfolge der CSU vgl. ausführlich THRÄNHARDT, Wahlen und politische Strukturen, 240-260. Dazu auch IfZ-Archiv, RG 260, 10/78-3/1, Quarterly Historical Report LK Wasserburg 1.1.- 31.3. 1947, undatiert. Nicht selten wirkten katholische Geistliche sogar aktiv in der CSU mit. Vgl. Werner BLESSING, „Deutschland in Not, wir im Glauben ...“ Kirche und Kirchenvolk in einer katholischen Region 1933-1949 in: Martin BROZAT - Klaus-Dietmar HENKE - Hans WOLLER (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, 1988, 3-111, hier 98-99; Rudolf MORSEY, Katholizismus und Unionsparteien in der Ära Adenauer, in: Albrecht LANGNER (Hg.), Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949-1963, 1978, 33-59; Dietmar GRYPA, Zur innerkirchlichen Diskussion um die politische Betätigung katholischer Geistlicher in Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Helmut FLACHENECKER - Klaus Walter LITTEGER (Hg.), Beiträge zur Eichstätter Geschichte. Brun Appel zum 65. Geburtstag, 1999, 531-576.

tionskraft²⁶. Die angesehensten Bauern, die wichtigsten Händler, die bekanntesten Handwerker oder der Pfarrer - wenn sie 1946 für eine Partei in Erscheinung traten, dann für die CSU. Drittens schließlich spielte die Lizenzierungspraxis der Militärregierung der CSU in die Hände²⁷, weil sie die Zersplitterung des bürgerlich-konservativen Lagers aufhob, die für weite Teile Bayerns bis 1933 kennzeichnend gewesen war. Die CSU mußte zunächst keine Konkurrenz im eigenen Lager fürchten, weder eine Bayernpartei noch eine Königspartei.

Bei näherem Hinsehen kamen die frühen Erfolge der CSU also keineswegs so überraschend - ebensowenig wie die tiefe Krise, in die sie zwischen 1948 und 1952 stürzte²⁸. Daß die CSU-Dominanz Ende der 1940er Jahre ein vorläufiges Ende fand, lag hauptsächlich an drei Gründen: Erstens war die Partei von den pausenlosen internen Führungs- und Flügelkämpfen gelähmt. Zweitens führte die Währungsreform von 1948 über Nacht zum völligen Zusammenbruch des Parteiapparats auf Landes- und Bezirksebene, da die CSU kein Geld mehr hatte, um das hauptamtliche Personal zu besolden. Nun rächte sich die Organisationsschwäche auf Kreisebene, die jetzt nicht mehr durch die Zentrale ausgeglichen werden konnte. Das nahm der Partei insbesondere in den Wahlkämpfen viel von ihrer Schlagkraft. Drittens lockerte die amerikanische Besatzungsmacht schrittweise ihre zuvor rigide Lizenzierungspraxis: Ende März 1948 wurde die Bayernpartei auf Landesebene zugelassen, und 1950 durften schließlich auch Flüchtlingsparteien bei den Wahlen antreten.

2. Aufstieg und Fall einer weiß-blauen Protestbewegung

Insbesondere die Bayernpartei stellte eine tödliche Bedrohung für die CSU dar²⁹, was bereits bei den Kommunalwahlen von 1948

²⁶ Nach Einschätzung der Amerikaner zählten bei der Wahlentscheidung im Frühjahr 1946 Personen erheblich mehr als Parteien oder Programme. IFZ-Archiv, RG 260, CO 465/1, Weekly Intelligence Report Landkreis Wasserburg vom 2.2.1946.

²⁷ Zur restriktiven Lizenzierungspraxis der Amerikaner vgl. J.F.J. GILLEN, State and Local Government in West Germany 1945-1953, 1953, 5-7; Michael SCHRÖDER, Die Partei-Lizenzierungspolitik der amerikanischen Militärregierung in Bayern nach 1945, in: DERS., Bayern nach 1945. Demokratischer Neubeginn. Interviews mit Augenzeugen, 1985, 9-14, hier 11-13; Thomas SCHLEMMER, Die Amerikaner in Bayern. Militärregierung und Demokratisierung nach 1945, in: Heinrich OBERREUTER - Jürgen WEBER (Hrsg.), Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland, 1996, 67-99, hier 86-88.

²⁸ Vgl. im folgenden SCHLEMMER, Aufbruch, 219-329; BALCAR, Politik 171-202.

deutlich wurde. In Wasserburg avancierte die Bayernpartei auf Anhieb zur stimmenstärksten Kraft³⁰ und stellte schließlich mit Heinrich Stulberger auch den neuen Landrat. Die Wahl Stulbergers schmerzte die CSU in zweifacher Hinsicht: Erstens hatte sie damit das wichtige Landratsamt verloren, zweitens handelte es sich bei dem neuen Landrat um einen Abtrünnigen aus den eigenen Reihen, der zu jenen 25 Persönlichkeiten gehörte, die im Dezember 1945 die CSU im Landkreis Wasserburg aus der Taufe gehoben hatten³¹. Ein derartiger Wechsel des Parteibuchs war damals kein Einzelfall. Nicht selten reizten bessere Aussichten auf eine schnelle politische Karriere zum Übertritt. Viele, die Ende der 1940er Jahre zur Bayernpartei gingen, taten dies, nachdem sie mit ihren Ambitionen in der CSU gescheitert waren. Andreas Schachner etwa, ein Sägewerksbesitzer aus Mittergars, hatte sich wiederholt um eine führende Funktion in der Wasserburger CSU bemüht, war dabei aber jedesmal leer ausgegangen³². Nach seinem Übertritt zur Bayernpartei stieg Schachner 1948 umgehend zum Fraktionsvorsitzenden im Kreistag und zum Mitglied im Kreisausschuß auf. Welch große Bedeutung dem Phänomen des Seitenwechsels zukam, verdeutlicht ein Blick auf die im Juni 1948 gewählte Spitze der Bayernpartei. Mit dem Landesvorsitzenden Joseph Baumgartner, seinem ersten Stellvertreter Anton Donhauser und Landesgeschäftsführer Ernst Falkner wurden „die wichtigsten Führungspositionen von CSU-Dissidenten besetzt“.³³ Das galt auch für den Landkreis Wasserburg: Neben Landrat Stulberger befanden sich mit dem Bezirksvorsitzenden Georg Fischer aus Attel und dem Fraktionsvorsitzenden im Kreistag, dem bereits erwähnten Andreas Schachner, die wichtigsten Funktionen in den Händen von Überläufern aus der bayerischen Unionspartei. Daneben gelang es der Bayernpartei bis zum

²⁹ Vgl. dazu ausführlich Konstanze WOLF, CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948-1960, 1982.

³⁰ Die CSU erhielt damit 31,2 Prozent der Stimmen, die Bayernpartei 33,1 Prozent. Daneben kamen die SPD auf 8 Sitze (208.803 Stimmen oder 17,2 Prozent), die Überparteiliche Freie Wählergemeinschaft auf 2 Sitze (55.191 Stimmen) und die FDP auf einen Sitz (39.621 Stimmen oder 3,2 Prozent) im neuen Wasserburger Kreistag. Die KPD ging mit 17.030 Stimmen (1,4 Prozent) dagegen leer aus. Diese Angaben nach Amtsblatt für den Landkreis und die Stadt Wasserburg am Inn Nr. 21 vom 22.5.1948, 86.

³¹ IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Gesuch zur Gründung der Bayerischen Christlich-Sozialen Union im Landkreis Wasserburg vom 2.1.1946.

³² IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Hans Utz an Jakob Fischbacher vom 15.3.1952. Das Folgende nach Oberbayerisches Volksblatt vom 11.6.1948 („Erste Sitzung des neuen Kreistages“).

³³ Ilse UNGER, Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945-1957, 1979, 31-32 und Anm. 5; Zitat 32.

Frühjahr 1948, eine ganze Reihe von Bürgermeistern der kreisangehörigen Gemeinden, die zuvor für die CSU kandidiert oder keiner Partei angehört hatten, zum Eintritt zu bewegen³⁴. Der personelle Aderlaß der CSU betraf freilich nicht nur Funktionäre und Mandatäre, sondern auch die einfachen Mitglieder, die in Scharen zur Bayernpartei überliefen. So gesehen, war die Bayernpartei ein Spaltprodukt der CSU.

Daher verwundert es nicht, daß sich die Sozialprofile der Exponenten von CSU und Bayernpartei auffällig glichen: Beide rekrutierten ihr Führungspersonal aus den traditionellen ländlichen Honoratioren, was ja ein Grund für die frühen Wahlerfolge der CSU gewesen war. Die Bayernpartei hatte dabei jedoch einen entscheidenden Vorteil: Da sie weder in Bonn noch im Frankfurter Wirtschaftsrat Verantwortung trug, konnten ihre Vertreter weitaus hemmungsloser gegen angebliche und tatsächliche Ungerechtigkeiten zu Felde ziehen, um sich so erfolgreich als „Protestpartei der Einheimischen“ zu etablieren³⁵. Ihre Programmatik läßt sich auf die Kurzformel „Bayern den Bayern“ bringen³⁶ - eine ebenso simple wie wirkungsvolle Parole, denn indem die Bayernpartei vehement gegen Flüchtlinge und Vertriebene zu Felde zog, machte sie sich die unter den Alteingesessenen weitverbreiteten Ressentiments gegen „die Preußen“ zunutze. Am weitesten war Jakob Fischbacher gegangen, der in seiner berühmt-berüchtigten Wasserburger Rede vom Februar 1947 erklärt hatte: „Auch die Moral des Dorfes ist versaut durch die nazistischen Einflüsse, besonders aber durch die KdF [Kraft durch Freude] und die Evakuierten, die halb oder ganz nackt im Sommer in Wald- und Wiesenrändern lagen und für den schwerarbeitenden Bauern nur die Bezeichnung ‚doofer Bauer‘ hatten. Das Bedauerlichste aber ist, daß bayerische Bauernburschen auf die geschminkten Weibsen mit lackierten Fingernägeln und wasserstoffoxydierten Haaren hereinfallen und solche sich sogar zu Bäuerinnen gewählt haben. Das halte ich für einen Verrat am Stande und, wenn ich so sagen darf, für Blutschande.“³⁷

Die zweite Zielscheibe der Agitation der Bayernpartei stellte die CSU dar, die sie für alle vermeintlichen und tatsächlichen Mißstände der frühen Nachkriegsjahre verantwortlich machte. So gerieten

³⁴ Oberbayerisches Volksblatt vom 27.4.1948 („Die gewählten Landbürgermeister“).

³⁵ UNGER, Bayernpartei, 40.

³⁶ UNGER, Bayernpartei, 32; Peter Jakob Kock, Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Manfred Treml (Hg.), Geschichte des modernen Bayern. Königreich und Freistaat, 1994, 375-497, hier 422. Vgl. dazu auch Balcar, Politik, 179-182.

die Versammlungen der Bayernpartei im Bundestagswahlkampf von 1949 zu einer eigentümlichen Mischung aus folkloristischem Heimatabend und Gerichtsverhandlung, wobei sich führende Vertreter der CSU mit schöner Regelmäßigkeit auf der Anklagebank wiederfanden. Die bayerische Unionspartei wirkte angesichts der massiven Angriffe der weißblauen Protestbewegung ratlos und war hinsichtlich der Haltung zur Bayernpartei tief gespalten: Während der klerikal-konservative Parteiflügel um Alois Hundhammer für ein Bündnis mit der Bayernpartei eintrat, forderten fränkische Vertreter der CSU eine eindeutige Frontstellung gegen die unliebsame Konkurrenz³⁸. Heraus kam ein linksisch wirkendes Gemisch aus strikter Ablehnung und vorsichtiger Annäherung, das bei den Wählern auf Unverständnis stieß. Hier offenbart sich das große Dilemma der CSU: Ihr fehlten die Themen, mit denen sie die Bayernpartei in Bedrängnis bringen konnte, während es deren Rednern umgekehrt sehr leicht fiel, die CSU und ihre Exponenten nach allen Regeln der Kunst vorzuführen. „Wo is no' a CSU-ler, daß i'n aufm Kraut friß?“³⁹ - auf die freche Herausforderung Joseph Baumgartners fand die CSU zunächst keine Antwort.

So sind die herben Wahlschläppen zu erklären, die die CSU zwischen 1949 und 1952 nicht zuletzt auch in ihren altbayerischen Hochburgen einstecken mußte. Zwar wurde die CSU bei der Bundestagswahl von 1949 wieder zur stärksten politischen Kraft im Freistaat, sie erreichte jedoch nur noch 29,2 Prozent, während die Bayernpartei aus dem Stand auf 20,9 Prozent kam und die SPD 22,7 Prozent erhielt⁴⁰. Der Abwärtstrend setzte sich bei der Landtagswahl im folgenden Jahr fort, als die CSU bayernweit nur noch auf 27,4 Prozent kam⁴¹. Im Landkreis Wasserburg votierte sogar nur noch ein gutes Viertel der Wähler für die bayerische Unionspartei.⁴² Die Ver-

³⁷ Zitiert nach UNGER, Bayernpartei, 212, Anm. 143. Für die amerikanische Militäregierung stellten übrigens nicht so sehr die verbalen Entgleisungen Fischbachers das eigentliche Skandalon dar, sondern vielmehr die Tatsache, daß die gesamte lokale politische Prominenz mit Max Zwignagl an der Spitze, die sämtlich bei der Versammlung anwesend gewesen waren, kein Wort des Protests verloren, ja teilweise sogar Zustimmung signalisiert hätten. IfZ-Archiv, RG 260, 10/78-3/1, Quarterly Historical Report Landkreis Wasserburg für 1.1.-31.3.1947, undatiert.

³⁸ SCHLEMMER, Aufbruch, 344-345.

³⁹ Zitiert nach Carl AMERY, Leb wohl geliebtes Volk der Bayern, 1996, 220.

⁴⁰ Das bayerische Wahlergebnis nach Gerhard A. RITTER - Merith NIEHUSS, Wahlen in Deutschland 1946-1991. Ein Handbuch, 1991, 121.

⁴¹ Statistisches Jahrbuch für Bayern 24 (1952), 431. Das Ergebnis bedeutete einen Verlust von fast zwei Prozentpunkten gegenüber der ersten Bundestagswahl.

⁴² Diese und die folgenden Angaben nach Beiträge zur Statistik Bayerns 193, 44*.

luste gingen eindeutig zu Lasten der Bayernpartei, die auch 1950 mit 37,3 Prozent zur stärksten Kraft am Inn avancierte. Im ganzen Landkreis? Nein, einige wenige Gemeinden im Norden der Region Wasserburg, die vor 1933 ausgesprochene Hochburgen der BVP gewesen waren⁴³, standen auch bei den größten Wahlschlappen mehrheitlich treu zur CSU. Zwischen Schiltern und Lengmoos, Jeßling und Au am Inn blieb die CSU auch in den Jahren 1949 und 1950 die Nummer eins, in einigen Gemeinden erhielt sie sogar die absolute Mehrheit⁴⁴. Im übrigen Kreisgebiet dominierte jedoch die Bayernpartei, die in 49 der 62 Gemeinden als stärkste Kraft aus der Bundestagswahl hervorging. Ein Jahr später konnte sich die Bayernpartei in 48 Gemeinden als stärkste Partei behaupten, lediglich in der Kreisstadt wurde sie auf den zweiten Rang verwiesen - allerdings nicht von der CSU, sondern von der SPD, die hier ihr bestes Ergebnis erzielte.

Freilich sollte der Erfolg der Bayernpartei nicht von langer Dauer sein. Immerhin war es der CSU gelungen, sie während ihres kurzen Höhenflugs von den Regierungsbänken in München und Bonn fernzuhalten. Als die Aktien der weiß-blauen Protestbewegung im Zuge des einsetzenden „Wirtschaftswunders“ zu sinken begannen, drängten ihre Vertreter verzweifelt an die Futterkrippen der Macht - ganz gleich mit wem. Die Chance bot sich nach der Landtagswahl von 1954, als der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner ein Bündnis aus SPD, Bayernpartei, FDP und dem Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) unter seiner Führung schmiedete, in dem Baumgartner zum stellvertretenden Ministerpräsidenten avancierte und abermals das Landwirtschaftsressort übernahm. Die sogenannte „Viererkoalition“ markierte den Anfang vom Ende der Bayernpartei⁴⁵, die sich durch dieses Bündnis vor eine Reihe schwerer Probleme gestellt sah: Erstens hatte sie zuvor die CSU jahrelang wegen

⁴³ Die Wahlergebnisse finden sich in: Wasserburger Anzeiger vom 10.12.1924 und vom 16.9.1930. Vgl. dazu auch Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 57 (1925), 177, und Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 63 (1931), 82-83. Dieser Umstand verweist einmal mehr auf die Persistenz regionaler politischer Kulturen und Traditionen. Vgl. Alf MINTZEL, Regionale politische Traditionen und CSU-Hegemonie in Bayern, in: Dieter OBERNDÖRFER - Karl SCHMITT (Hg.), Parteien und regionale Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, 1991, 125-180.

⁴⁴ 1949 wurde die CSU in 13 Gemeinden zur stärksten Partei; in Gatterberg, Klostersgarn, Kronberg und Oberornau erhielt sie über 50 Prozent der Stimmen, wobei sie ihr bestes Ergebnis mit 61,9 Prozent in Gatterberg erzielte. Beiträge zur Statistik Bayerns 150, 123-125. Auch 1950 wurde die CSU wiederum in 13 Gemeinden zur stärksten Kraft, in Gatterberg, Oberornau und Soyen erhielt sie über 50 Prozent der Stimmen; das beste Ergebnis erzielte die CSU abermals in Gatterberg mit 58,9 Prozent. Beiträge zur Statistik Bayerns 163, 24-26.

deren Kooperation mit der SPD gegeißelt⁴⁶, und nun saß sie selbst mit den verhaßten „Sozialisten“ zusammen im Regierungsboot - eine Kehrtwende, die den Mitgliedern und Wählern kaum zu vermitteln war. Dazu fehlte der Partei, zweitens, auch der notwendige Apparat, denn die Bayernpartei war in noch weit stärkerem Maße als die frühe CSU eine reine Honoratiorenpartei⁴⁷. Drittens verfolgten die Koalitionäre, die lediglich die gemeinsame Gegnerschaft zur CSU einte, programmatisch ganz unterschiedliche Ziele, die sich nicht vereinbaren ließen - saßen doch mit dem BHE und der Bayernpartei die prononcierten Vertreter von Vertriebenen und Alteingesessenen an einem Kabinetttisch! Hinzu kam die chronische Finanznot der Bayernpartei, die der CSU ab 1953 ein Einfallstor zur Abwerbung von Mandataren eröffnete⁴⁸. Bei der Bundestagswahl von 1957 stellten die Wähler der Bayernpartei schließlich die Quittung aus und bescherten der CSU einen triumphalen Erfolg, der den BHE, der ebenfalls Federn lassen mußte, zum Absprung aus der Viererkoalition bewog. Taktisch geschickt bildete der CSU-Vorsitzende Hanns Seidel ein Kabinett aus CSU, BHE und FDP⁴⁹. Auf die Oppositionsrolle verwiesen, versank die Bayernpartei rasch in der Bedeutungslosigkeit.

Ein anderer wichtiger Grund für den Niedergang der Bayernpartei ist von der Forschung bislang weitgehend vernachlässigt worden: Bei näherem Hinsehen erwies sich nämlich ein Großteil der Funktionäre als nicht politikfähig. Für sie war die Parole „Bayern den Bayern“ kein leerer Wahlkampflogan, mit dem sich Stimmen und Mitglieder gewinnen ließen, sie entsprach vielmehr ihrer innersten Überzeugung. Das Gros der Bannerträger vor Ort bestand aus weißblauen Fundamentalisten, die jeden Kompromiß als Verwässerung der eigenen Ziele ablehnten. Darüber hinaus war der durchschnittli-

⁴⁵ So das Urteil von Ilse UNGER, Bayernpartei, 39. Zur Viererkoalition vgl. Heike BRETSCHEIDER, Die Bildung der Viererkoalition. Die parteipolitische Konstellation in Bayern in der ersten Hälfte der Fünfziger Jahre, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 41 (1978), 999-1038; KOCK, Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, 422-242; Bernhard TAUBENBERGER, Licht übers Land. Die bayerische Viererkoalition 1954-1957, 2002.

⁴⁶ WOLF, CSU und Bayernpartei, 68-70.

⁴⁷ UNGER, Bayernpartei, 41. Besonders schwer fiel es den Funktionären der Bayernpartei, die Viererkoalition im Bundestagswahlkampf von 1957 zu verteidigen, und vor allem die Kooperation mit der SPD galt vielen als „Sünde“. IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Hans Utz an Jakob Fischbacher vom 4.9.1957.

⁴⁸ Zur Strategie der CSU im Kampf gegen die Bayernpartei und ihrer letztlich erfolgreichen Umsetzung in die Praxis vgl. ausführlich WOLF, CSU und Bayernpartei, 179-243.

⁴⁹ Vgl. Hans Ferdinand GROSS, Hanns Seidel 1901-1961. Eine politische Biographie. München 1992, 177-182.

che Funktionär der Bayernpartei halstarrig, eigenbrötlerisch und rechthaberisch, hochgradig cholerisch und zum Querulantum neigend⁵⁰. Kein Wunder, daß die Bayernpartei fast ununterbrochen an internen Querelen litt, die ihre Arbeit lähmten und bisweilen fast gänzlich zum Erliegen brachten⁵¹.

Der Bezirksverband Wasserburg machte keine Ausnahme, auch er bot das Bild heillosen Gezänks. Da die Bayernpartei im Kreistag keine eigene Mehrheit besaß, war sie auf die Kooperation mit der SPD angewiesen, um sich gegen die CSU durchsetzen zu können. Die aus der Not des Wahlergebnisses geborene Kooperation zwischen Landrat Stulberger und seinem Stellvertreter Josef Kriegisch von der SPD, deren gutes persönliches Verhältnis manchen Kompromiß in der Sache erleichterte, funktionierte erstaunlich gut - zu gut für manchen Parteifreund. An der Spitze der innerparteilichen Opposition stand Andreas Schachner, der Fraktionsvorsitzende der Bayernpartei im Kreistag, der Stulberger zu große Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der SPD vorwarf.

Der offene Konflikt brach 1951 über die Tätigkeit der kreiseigenen Wohnungsbaugenossenschaft aus, die zur raschen Ansiedlung der Heimatvertriebenen auch in den Landgemeinden größere Wohnblocks errichtete. Daran war vor allem der SPD gelegen, die sich im Landkreis Wasserburg zum Sprachrohr der Neubürger aufgeschwungen hatte⁵². Schachner meinte, der „Wohnblockbau östlicher Bauart“ führe zur „Verschandlung bayerischer Heimat“ sowie zu „Vermanschung und Verpanschung bayerischer Sitten und Moral“ und blies zum Sturmangriff auf die Politik des Landrats⁵³. Stulberger warf Schachner wegen seiner unversöhnlichen Haltung in dieser Frage hinter verschlossenen Türen vor, ein „Abweichler“ und „Saboteur“ zu sein. Daraufhin erklärte Schachner seinen Austritt aus der Bayernpartei. Der Riß, der durch den Bezirksverband ging,

⁵⁰ Dieses Charakterbild läßt sich aus dem umfangreichen Schriftwechsel Baumgartners und Fischbachers mit den Bezirksverbänden der Bayernpartei herausdestillieren, in: IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 106-140.

⁵¹ Vgl. hierzu die Korrespondenzen Baumgartners und Fischbachers mit den Bezirksverbänden der Bayernpartei, in: IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 106-140, die eine Fülle von Beispielen enthalten; man wird kaum einen Bezirksverband der Bayernpartei finden, dessen Arbeit in den 1950er Jahren nicht durch heftige parteinterne Konflikte behindert worden wäre. Vgl. im folgenden Balcar, Politik (wie Anm. 3), 246-249.

⁵² Etwa Oberbayerisches Volksblatt vom 7.7.1949 („Die Fraktionsarbeit der SPD Wasserburg“). Zur Bedeutung des Wohnungsbaus allgemein und der Tätigkeit der Wohnungsbaugenossenschaft speziell vgl. Stadt und Landkreis Wasserburg am Inn. Geschichte, Kunst, Wirtschaft, 1970, 13-14.

⁵³ IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Andreas Schachner an Jakob Fischbacher vom 17.1.1952. Hervorhebung im Original. Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

fürte im Oktober 1952 zur Abwahl der bis dahin erfolgreichen Vorstandschaft um den Bezirksvorsitzenden Georg Fischer und den Schriftführer Georg Neumüller⁵⁴. Fischers Nachfolger, Josef Zimmermann aus Wasserburg, erwies sich als völlige Fehlbesetzung. Seine Wahl verdeutlicht, daß die weiß-blaue Protestbewegung am Inn schon in den frühen 1950er Jahren abgewirtschaftet hatte - ihr Niedergang war nur noch eine Frage der Zeit.

3. Die Entwicklung der CSU zur „Massen- und Apparatpartei modernen Typs“

Allerdings gab nicht nur die innere strukturelle Schwäche der BP den Ausschlag, daß sich die CSU letztlich im „Bruderzwist“ durchsetzen konnte. Mindestens ebenso wichtig war die sozioökonomische Entwicklung, die der westdeutsche Teilstaat in den 1950er Jahren durchlief. Für sie bürgerte sich der Begriff „Wirtschaftswunder“ ein. Nach Überwindung der „Gründungskrise der Bundesrepublik“ (Hans Günter Hockerts) kam der Motor der westdeutschen Wirtschaft erstaunlich schnell wieder auf Touren, und das Gros der Bevölkerung profitierte davon in Form von höheren Löhnen und besseren Sozialleistungen⁵⁵. Sichtbarster Ausdruck des wachsenden Wohlstands war der einsetzende Massenkonsum, der von der „Freßwelle“ über die „Einrichtungswelle“ bis zur „Reisewelle“ führte⁵⁶. Politisch profitierte davon in erster Linie die Union, die diese Entwicklung als Erfolg der Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards verbuchen konnte - ein wesentlicher Grund für den triumphalen Sieg von CDU und CSU bei der Bundestagswahl von 1953⁵⁷. Darüber hinaus schritt die bayerische Unionspartei ab 1955 zielbewußt zum Auf- und Ausbau eines leistungsfähigen, ganz Bayern umspannenden Parteiapparats, der eine der wesentlichen Voraussetzungen für ihre spätere Dominanz im Freistaat darstellte. Die Landtagswahl vom Dezember 1954 markierte dabei eine wichtige Zäsur⁵⁸: Obwohl die CSU eindeutig zur stärksten politischen

⁵⁴ IfZ-Archiv, ED 719, Nr. 116, Niederschrift zur Generalversammlung des Bezirksverbandes Wasserburg am 26.10.1952.

⁵⁵ Vgl. Werner ABELSHAUSER, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, 2004, 120-200.

⁵⁶ Vgl. beispielsweise Michael WILDT, *Privater Konsum in Westdeutschland in den 50er Jahren*, in: Axel SCHILDT und Arnold SYWOTTEK (Hg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, 1998, 275-289.

⁵⁷ Vgl. beispielsweise Volker HENTSCHEL, *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, 1996, 194-201.

Kraft geworden war, mußte sie den bitteren Gang in die Opposition antreten. Parteiintern lastete man die Schuld dafür den konservativ-katholischen Hardlinern um Alois Hundhammer und Georg Meixner an, die durch kulturpolitische Maximalforderungen potentielle Koalitionspartner in der Phase der Sondierungsgespräche vor den Kopf gestoßen hatten. Dem Scherbengericht folgte die personelle Erneuerung, und zwar auf allen Ebenen: In München löste Hanns Seidel den verbitterten Hans Ehard als Parteichef ab. Auch im Kreisverband Wasserburg kam es zu einem Wechsel an der Spitze, wobei hier eine Tandemlösung gefunden wurde: Nachdem Köck freiwillig auf den Kreisvorsitz verzichtet hatte, trat im Januar 1955 Karl Neuburger an seine Stelle⁵⁹. Neuburger, ein 1905 geborener Buchdruckereibesitzer aus der Kreisstadt, war zwar ein tüchtiger Organisator, aber von Natur aus zurückhaltend und obendrein alles andere als ein mitreißender Redner. Zum neuen „Frontmann“ der Wasserburger CSU avancierte daher der 1915 geborene Molkereibesitzer Josef Bauer, der erst 1951 in die Partei eingetreten war. Aufgrund seiner rhetorischen Begabung und seines großen politischen Engagements, aber auch seiner guten Kontakte zur Kirche und zum Bauernverband zog er schon 1953 in den Wasserburger Stadtrat ein. Im Herbst desselben Jahres eroberte Bauer das Bundestags-Direktmandat für die CSU⁶⁰. Bauer und Neuburger ergänzten sich nicht nur hervorragend, auf der Basis ihrer persönlichen Freundschaft verlief die Zusammenarbeit auch reibungslos.

Das personelle Revirement brachte jüngere Männer in die Führungspositionen der CSU, die ein weit moderneres Politikverständnis hatten als ihre Vorgänger. Vor allem begriffen sie, daß die Partei nur mit einer schlagkräftigen Organisation auf Dauer erfolgreich sein könne. Dazu hatte der frischgebackene Hauptgeschäftsführer Fritz Zimmermann ein Konzept ausgearbeitet: Um die Fühlungnahme zwischen Landesverband und Bezirksverbänden einerseits sowie den Kreis- und Ortsverbänden andererseits zu verbessern, sollten in den 47 bayerischen Bundeswahlkreisen, die jeweils drei bis vier Landkreise umfaßten, hauptamtlich tätige Geschäftsführer als „Korsettstangen“ der Parteiorganisation eingezogen werden. Die Auf-

⁵⁸ Vgl. im folgenden SCHLEMMER, *Aufbruch*, 479-483; BRETSCHNEIDER, *Bildung der Viererkoalition*.

⁵⁹ ACSP, KV Wasserburg 4, Karl Neuburger an den Bezirksverband Oberbayern vom 4.2.1955, und Wasserburger Zeitung vom 1.2.1955 („Politische Zeitprobleme im Blickwinkel der CSU“).

⁶⁰ ACSP, KV Wasserburg 7, Laudatio Karl Neuburgers zum 50. Geburtstag von Josef Bauer am 12.6.1965.

gaben dieser Geschäftsführer bestanden zum einen in der Organisation der Wahlkämpfe vor Ort; zum anderen sollten sie aber auch die Präsenz der CSU zwischen den Wahlkämpfen sichern⁶¹.

Am Inn machte sich die neue Kreisvorstandtschaft um Karl Neuburger unverzüglich ans Werk, dieses Konzept in die Praxis umzusetzen, stand dabei jedoch zunächst vor einem Berg von Problemen. Der Kreisverband Wasserburg befand sich in einem trostlosen Zustand - es existierten nicht einmal Mitgliederverzeichnisse oder Unterlagen zur Beitragserhebung⁶². Neuburgers erstes Ziel lautete, neue Mitglieder für die Partei zu rekrutieren und Ortsverbände ins Leben zu rufen. Hilfestellung leistete dabei die katholische Kirche: Dekan Johann Neumaier räumte Neuburger die Möglichkeit ein, seine Wünsche auf einer Dekanatskonferenz vorzutragen⁶³. Danach wandte sich der Kreisvorsitzende mit einem Rundbrief an die Pfarrer, in dem er darum bat, geeignete Persönlichkeiten vor Ort zu einer Versammlung einzuladen, auf der ein Ortsverein gegründet werden sollte⁶⁴. Auf diese Weise zapfte die CSU nicht nur die genauen Ortskenntnisse der Geistlichen an, sondern auch deren damals noch ungebrochene Autorität in der ländlichen Gesellschaft. Der Erfolg gab Neuburger Recht: Mitte 1955 existierten bereits elf Ortsverbände, in weiteren zehn Gemeinden gab es Vertrauensleute der CSU⁶⁵. Um Mitglieder zu werben, forderte Neuburger einzelne Persönlichkeiten brieflich zum Beitritt auf. Auch diese Aktion war von Erfolg gekrönt: Anfang 1955 hatte die CSU im Raum Wasserburg nur rund 100 CSU-Mitglieder gezählt, Ende 1957 waren es bereits 360⁶⁶ - mit stetig steigender Tendenz. Ein besonders imposantes Mitglieder-

⁶¹ IFZ-Archiv, ED 720, Nr. 28. „Die Organisation der Christlich-Sozialen Union“. Referat von Hauptgeschäftsführer Dr. Zimmermann vor der Landesversammlung am 22. Oktober 1955 in München.

⁶² ACSP, KV Wasserburg 4, Vierteljahresbericht des KV Wasserburg an den Bezirksverband Oberbayern vom 4.5.1955. Vgl. im folgenden auch ACSP, KV Wasserburg 4, Referat Karl Neuburgers auf der Kreisvorstandssitzung des KV Wasserburg am 23.4.1955.

⁶³ ACSP, KV Wasserburg 4, Referat Karl Neuburgers auf der Kreisvorstandssitzung des KV Wasserburg am 23.4.1955. Das Entgegenkommen Neumaiers erstaunt bei genauerem Hinsehen wenig, war er doch selbst Mitglied der CSU. ACSP, KV Wasserburg 10, Mitgliederkartei des Ortsverband Wasserburg, undatiert [Stand 1961].

⁶⁴ ACSP, KV Wasserburg 4, Karl Neuburger an die Pfarreien von Amerang, Attel, Albaching, Babensham, Eiselfing, Evenhausen, Edling, Griesstätt, Gars am Inn, Grünthal, Haag, Kirchdorf, Langdorf, Maitenbeth, Mittergars, Pfaffing, Rott am Inn, Rechtmehring, Schonstett, St. Leonhard, Wang, Rieden und Ramerberg, undatiert [Anfang 1955].

⁶⁵ ACSP, KV Wasserburg 4, Liste der Ortsverbandsvorsitzenden und Vertrauensmänner der CSU im KV Wasserburg vom 19.7.1955, in Anlage zu KV Wasserburg an Bezirksverband Oberbayern vom 19.7.1955.

⁶⁶ KV Wasserburg 4, Referat Karl Neuburgers auf der Kreisversammlung des KV Wasserburg am 26.1.1957.

wachstum verzeichnete die Gemeinde Isen, die zuvor Hochburg der Bayernpartei gewesen war⁶⁷. Hier machte sich die intensive Werbetätigkeit des jungen Diplomlandwirts Otto Bauer bezahlt, der später Karriere in der staatlichen Landwirtschaftsberatung machte. Erst 1954 war er in die CSU eingetreten, doch in nicht einmal zwei Jahren mauserte sich der Ortsverband dank seiner rastlosen Tätigkeit zu einer schlagkräftigen Organisation mit 97 Mitgliedern⁶⁸. So wurde die ehemalige Hochburg der Bayernpartei geschleift.

Als besonders schwierig erwies sich die Schaffung einer hauptamtlich besetzten Bundeswahlkreisgeschäftsstelle, an der Neuburger besonders viel gelegen war. Dem stand die chronische Finanznot der Partei entgegen, denn zunächst konnte weder die Landesleitung noch der Bezirksverband die damit verbundenen Kosten tragen, und auch die drei Kreisverbände Wasserburg, Mühldorf und Altötting sahen sich dazu nicht in der Lage⁶⁹, so daß die Hauptlast der Parteiarbeit zunächst weiter an Neuburger hängen blieb. Erst als der Kreisvorsitzende mit seinem Rücktritt drohte⁷⁰, erklärten sich die regionalen Mandatäre der CSU bereit, die Geschäftsstelle durch eine Umlage zu finanzieren, wobei Josef Bauer den Löwenanteil übernahm⁷¹. Das zweite Problem bestand darin, einen geeigneten Kandidaten zu finden, der dem hohen Anforderungsprofil gerecht wurde. Der nachgeborene Bauernsohn Simon Hangl, der den Posten von 1957 bis 1961 innehatte, erwies sich als Fehlgriff, der Neuburger nur wenig Entlastung verschaffte⁷². Erst mit der Einstellung des rührigen Bernhard Lechner Anfang 1962 verfügte der Bundeswahlkreis über eine professionell arbeitende Geschäftsstelle⁷³. Daß es so lange gedauert hatte, lag nicht zuletzt an regionalen Eifersüchteleien: Während die Kreisverbände Mühldorf und Altötting für eine Zweiteilung der Geschäftsstelle plädierten⁷⁴, beharrten Josef Bauer und Karl Neuburger aus naheliegenden Gründen auf dem Standort Was-

⁶⁷ Bei der Bundestagswahl von 1949 hatte die Bayernpartei in Isen 48,7 Prozent der Stimmen erhalten, während die CSU mit 16,8 Prozent abgeschlagen auf Platz drei hinter der SPD (23,7 Prozent) landete; Beiträge zur Statistik Bayerns 150, 24. 1950 wurde die Bayernpartei mit 38,1 Prozent wieder zur stärksten Kraft, gefolgt von SPD (26,4 Prozent) und CSU (20,3 Prozent); Beiträge zur Statistik Bayerns 163, 25.

⁶⁸ ACSP, KV Wasserburg 4, Referat Karl Neuburgers auf der Kreisversammlung des KV Wasserburg am 26.1.1957.

⁶⁹ ACSP, KV Wasserburg 4, Karl Neuburger an Franz Varga vom 6.12.1955.

⁷⁰ ACSP, KV Wasserburg 4, Karl Neuburger an Georg Lunz vom 25.4.1958, und ebenda, Referat Neuburgers auf der Kreisversammlung der Wasserburger CSU am 26.1.1957.

⁷¹ ACSP, KV Wasserburg 4, Josef Bauer an Karl Neuburger vom 16.2.1957.

⁷² ACSP, KV Wasserburg 4, Georg Lunz an Karl Neuburger vom 22.4.1958 sowie die Antwort Neuburgers vom 25.4.1958.

⁷³ ACSP, KV Wasserburg 6, Hermann Zenz an Bernhard Lechner vom 2.1.1962, und ebenda, Niederschrift über die Wahlkreis-Konferenz am 11.8.1962.

serburg. Nach langem Hin und Her einigte man sich schließlich darauf, die Geschäftsstelle in Wasserburg zu belassen und mit einem hauptamtlichen Geschäftsführer zu besetzen, zugleich jedoch in Altötting einen eigenen Kreisgeschäftsführer einzustellen⁷⁵. Die gütliche Einigung hatten allein die großzügigen Zuschüsse der Parteiführung ermöglicht, sonst hätte man sich die Einrichtung eines zweiten Sekretariats im Bundeswahlkreis nie leisten können. Nachdem sich die finanzielle Situation der CSU durch die 1959 angelaufene staatliche Parteienfinanzierung wesentlich gebessert hatte⁷⁶, übernahm die Landesleitung ab Juli 1962 die Anstellung und Entlohnung der Geschäftsführer⁷⁷.

Die CSU war also erst in den frühen 1960er Jahren zu einer wirklich neuen Partei geworden, die nicht nur Katholiken und Protestanten vereinte, sondern auch über einen gut ausgebauten modernen Apparat verfügte. Nachdem sie die Bayernpartei niedergedrungen hatte, avancierte sie zur alleinigen Interessenvertretung der ländlichen Gesellschaft und zur unangefochtenen Regierungspartei im Freistaat.

4. Die Wiederbelebung einer Arbeiterpartei

Vor dem Hintergrund dieser Erfolgsgeschichte gerät leicht in Vergessenheit, daß auch die SPD ihre Wahlergebnisse insbesondere in den 1960er Jahren stetig verbessern konnte. Selbst auf dem Land, traditionell ein schwieriges Pflaster, machte sie Fortschritte - nicht spektakulär, aber stetig. Der Neubeginn nach Kriegsende war jedoch auch für die Sozialdemokratie schwer gewesen. Obwohl die SPD auf eine lange Tradition zurückblicken konnte, mußte sie 1945 wieder ganz von vorne beginnen. Die Nationalsozialisten hatten den Parteiapparat und das einst blühende Vereinswesen völlig zerschlagen, viele Genossen waren in den Konzentrationslagern und den

⁷⁴ Zur Begründung verwiesen sie auf ihre personelle und organisatorische Stärke. Der Kreisverband Altötting war 1961 mit 724 Mitgliedern und 25 Ortsverbänden der größte Kreisverband Oberbayerns; der Kreisverband Mühldorf rangierte mit 632 Mitgliedern auf Platz vier. Demgegenüber fiel der Kreisverband Wasserburg, der seinerzeit 480 Mitglieder und 21 Ortsvereine zählte, deutlich ab, obwohl er in Oberbayern an sechster Stelle rangierte. Diese Angaben nach ACSP, KV Wasserburg 6, Aufstellung: CSU-Kreisverbände im Regierungsbezirk Oberbayern, undatiert [1961]. Das Folgende nach ACSP, KV Wasserburg 5, Georg Lunz an Karl Neuburger vom 17.11.1960.

⁷⁵ ACSP, KV Wasserburg 5, Georg Lunz an Karl Neuburger vom 15.12.1960.

⁷⁶ MINTZEL, Geschichte der CSU (wie Anm. 6), 144.

⁷⁷ ACSP, KV Wasserburg 6, Hermann Zenz an Karl Neuburger vom 8.6.1962.

Kriegswirren ums Leben gekommen⁷⁸. Diejenigen, die heil davon gekommen waren, versuchten nun, der Partei neues Leben einzuhauchen, doch gerade in ländlichen Regionen fehlten oftmals die Ansprechpartner. Die traditionelle Schwäche der SPD auf den Dörfern blieb daher bestehen. Zudem knüpfte die Sozialdemokratie nicht nur personell an Weimar an, sie behielt auch programmatisch den Charakter einer Arbeiterpartei bei. Die damit einhergehende Selbstbeschränkung auf die städtische Industriearbeiterschaft und die aggressive Klassenkampfrhetorik eines Kurt Schumacher erschwerten es der SPD außerordentlich, in agrarisch geprägten Regionen Fuß zu fassen, wo sie bei der Landarbeiterschaft noch nie viel Anklang gefunden hatte⁷⁹. Da die SPD nach 1945 immer noch partout eine Arbeiterpartei sein wollte, blieb sie auf dem Land strukturell in einer Minderheitenposition.

Wie stark die Sozialdemokraten an die Weimarer Zeit anknüpften, zeigt ein Blick auf den 25-köpfigen Gründerzirkel der Wasserburger SPD⁸⁰. Er bestand zum Großteil aus Facharbeitern, die bereits vor 1933 das Parteibuch besessen hatten. Dagegen fanden sich nur wenige Selbständige in diesem Zirkel, und die wichtige Gruppe der Landarbeiter fehlte völlig. Der einzige Vorteil der SPD bestand darin, daß sich ihre Mitglieder in der NS-Zeit nicht kompromittiert hatten. Daher rekrutierten die Amerikaner viele alte Sozialdemokraten, als sie dazu übergingen, die Schlüsselpositionen der Kommunalpolitik wieder in deutsche Hände zu legen. In Wasserburg avancierte der 1898 geborene Korbmacher Josef Estermann noch 1945 zum Bürgermeister der Kreisstadt; als ihn die Amerikaner zum Landrat ernannten, trat Kaspar Wiedemann, ein anderer führender Kopf der SPD, seine Nachfolge im Amt des Bürgermeisters an⁸¹. Allerdings markierte die sozialdemokratische Vorherrschaft in der

⁷⁸ Vgl. Hartmut MEHRINGER, Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand in: Martin BROZAT - Hartmut MEHRINGER (Hg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. V: Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand, 1983, 287-432; Anton GROßMANN, Milieubedingungen von Verfolgung und Widerstand am Beispiel ausgewählter Ortsvereine der SPD, in: ebenda, 433-540.

⁷⁹ Peter LONGERICH, Deutschland 1918-1933. Die Weimarer Republik. Handbuch zur Geschichte, 1995, 193-194. Zur Rolle Kurt Schumachers Peter LÖSCHE - Franz WALTER, Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992, 107-110.

⁸⁰ Die folgenden Angaben nach IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Anlage 2 zum Gesuch zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in Wasserburg: Aufstellung „Name, Beruf, Anschrift und Unterschrift der Bürger“, undatiert (Dezember 1945).

⁸¹ IfZ-Archiv, RG 260, 10/78-2/5, Annual Historical Report Landkreis Wasserburg vom 30.6.1946.

Kommunalpolitik am Inn nur ein kurzes Zwischenspiel: Im Frühjahr 1946 fanden die ersten Kommunalwahlen statt, in denen sich die CSU eindeutig durchsetzen konnte. Rechtsanwalt Alfons Püls avancierte zum Bürgermeister⁸², neuer Landrat wurde, wenngleich erst nach längerem Hin und Her, Regierungsrat Hans Niedermayer⁸³, der ebenfalls der CSU angehörte.

Ein wesentlicher Grund für diese und spätere Wahlschlägen lag in der Programmatik der Sozialdemokratie, die ganz auf die städtische Klientel zugeschnitten war und unter der Landbevölkerung nicht verfiel. Das Aktionsprogramm der Wasserburger Sozialdemokratie, das sich weitgehend an der Politik und Programmatik der bayerischen SPD orientierte⁸⁴, forderte unter anderem eine strikte Trennung von Kirche und Staat, eine umfassende Reform des Bildungswesens, das frei von konfessionellen Einflüssen sein sollte, sowie weitreichende Eingriffe in die Wirtschaft: Hier trat die SPD für eine umfassende Planung im Wiederaufbau und die Konfiskation des Großgrundbesitzes, der Großindustrie, der Großbanken und Versicherungsgesellschaften sowie der Bodenschätze und Energiequellen ein - Schlagworte, die für viele nach Planwirtschaft und Verstaatlichung rochen. Angesichts des virulenten Antikommunismus' der Nachkriegszeit und des beginnenden „kalten Krieges“ genügten derartige Forderungen schon, um die SPD in den Ruch der „Fünften Kolonne Moskaus“ zu bringen⁸⁵. Die politischen Gegner schlugen daraus Kapital, indem sie den Sozialdemokraten unterstellten, sie wollten den Bauern ihre Höfe und Felder abnehmen. Diese Taktik war simpel, aber wirkungsvoll, bediente sie doch alte Ressentiments der Landbevölkerung gegenüber „den Linken“ bzw. „den Roten“. Somit blieben die Dörfer der SPD weitgehend verschlossen.

⁸² Stadtarchiv Wasserburg am Inn, Alte Registratur Teil II, XB 126, 5-6, Aktenvermerk der Stadt Wasserburg vom 16.2.1946.

⁸³ IfZ-Archiv, RG 260, 10/78-2/5, Annual Historical Report Landkreis Wasserburg vom 30.6.1946. Für Niedermayer hatten 43 von 45 Kreisräten votiert, die beiden übrigen hatten sich enthalten. Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Referat Wahlen, Kreismappe Wasserburg am Inn, und IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Monthly Historical Report Landkreis Wasserburg vom 30.6.1946.

⁸⁴ Zur Programmatik und Politik der bayerischen SPD nach 1945 vgl. Wolfgang BEHR, Sozialdemokratie und Konservatismus. Ein empirischer und theoretischer Beitrag zur regionalen Parteianalyse am Beispiel der Geschichte der Nachkriegsentwicklung Bayerns, 1969, 157-188. Das Aktionsprogramm der Wasserburger SPD vom 27.12.1945, auf das im folgenden Bezug genommen wird, findet sich in Anlage zu IfZ-Archiv, RG 260, CO-465/1, Gesuch zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei vom 27.12.1945.

⁸⁵ Gesine SCHWAN, Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Kontinuität und Wandel nach 1945, 1999.

So erklärt sich auch die Tatsache, daß die Sozialdemokraten in den Wahlen des Jahres 1946 weit hinter der CSU und den eigenen Erwartungen zurückblieben. Bei der ersten Landtagswahl vom Dezember 1946 kam die SPD bayernweit auf knapp 29 Prozent der Stimmen, im Landkreis Wasserburg mußte sie sich mit knapp 17 Prozent zufriedengeben⁸⁶. In historischer Perspektive waren diese Ergebnisse allerdings alles andere als ein Mißerfolg: Bei der Landtagswahl im April 1932 hatten nur 15 Prozent der Wähler im Freistaat ihr Kreuz bei der SPD gemacht, im Bezirk Wasserburg sogar nur 5,2 Prozent⁸⁷. Vor diesem Hintergrund hatte sich die SPD 1946 gerade in den ländlichen Regionen Bayerns mehr als achtbar aus der Affäre gezogen. Sie hatte, nicht zuletzt dank der Unterstützung vieler Flüchtlinge und Heimatvertriebener, nun auch auf dem Land einige Brückenköpfe errichtet und damit einen ersten, wenn auch schüchternen Schritt zur Volkspartei getan.⁸⁸

Im Hinblick auf den Aufbau der Parteiorganisation und die Mitgliederwerbung war die SPD in der unmittelbaren Nachkriegszeit recht erfolgreich - erfolgreicher jedenfalls als die CSU. Hatte anfangs nur ein Ortsverein in der Kreisstadt bestanden, richteten die Sozialdemokraten im Herbst 1946 in den Gemeinden Haag, Isen, Rott am Inn und Griesstätt Stützpunkte ein, die in erster Linie der Mitgliederwerbung dienten. Diese Strategie ging auf: Von 33 Genossen im Januar 1946 vervielfachte die SPD die Zahl ihrer Mitglieder bis Ende September 1947 auf 628, darunter zahlreiche Flüchtlinge und Vertriebene. Die SPD hatte sich damit zur mit Abstand mitgliederstärksten politischen Kraft des Landkreises gemausert⁸⁹. Weit früher als die CSU schien die Sozialdemokratie am Inn auf dem Weg zu einer echten Mitgliederpartei.

Dieser Weg erwies sich jedoch als überaus steinig. Im Lauf der 1950er Jahre mußte die SPD auf dem Land herbe Rückschläge hinnehmen, insbesondere deshalb, weil es der Partei nicht gelang, das Gros der Flüchtlinge dauerhaft an die Partei zu binden - die Neubürger wanderten in Scharen zur WAV, zum BHE oder zu anderen

⁸⁶ Statistisches Jahrbuch für Bayern 23 (1947), 345 und 337.

⁸⁷ Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 64 (1932), 399 und 393.

⁸⁸ Vgl. Everhard HOLTSMANN, Die neuen Lassalleaner. SPD und HJ-Generation nach 1945, in: Martin BROZAT - Klaus-Dietmar HENKE - Hans WOLLER (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, 1988, 169-210, hier 170-171.

⁸⁹ Zum 1.7.1947 zählte die CSU 415 Mitglieder, also genau 100 weniger als die SPD. Zum 30.9.1947, als die CSU 420 Mitglieder meldete, hatte sich der Abstand zur SPD bereits auf über 200 vergrößert. IfZ-Archiv, RG 260, 19/78-3/1, Quarterly Historical Report Landkreis Wasserburg 1.7.-30.9.1947 vom 17.9.1947.

Flüchtlingsgruppierungen ab. Daher verlor die Sozialdemokratie nicht nur kontinuierlich Mitglieder, sondern auch Wählerstimmen⁹⁰. In dieser Hinsicht stellt der Landkreis Wasserburg eine Ausnahme dar, da es den Genossen hier gelang, die Vertriebenen bei der Stange zu halten. Das verdeutlicht das Beispiel der Gemeinde Utzenbichl: Hier machten die Neubürger im September 1950 noch 40 Prozent der Wohnbevölkerung aus, womit diese Gemeinde den höchsten Flüchtlingsanteil im gesamten Landkreis aufwies. Daß die Neuankömmlinge zum großen Teil für die SPD stimmten, legt ein Vergleich der Wahlergebnisse nach 1945 mit denen der Weimarer Jahre nahe. Seinerzeit hatte die SPD in der Gemeinde Utzenbichl so gut wie keinen Anklang gefunden: Bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 war von 124 gültigen Stimmen keine einzige auf die Sozialdemokratie entfallen, bei der Reichstagswahl vom September 1930 errang sie nur drei von 138 Stimmen. In der ersten Bundestagswahl von 1949 avancierte die SPD dagegen mit 21,6 Prozent zur zweitstärksten Kraft nach der Bayernpartei (45,8 Prozent), wobei sie die CSU (14 Prozent) und die WAV (16,9 Prozent) deutlich hinter sich lassen konnte⁹¹.

Dieses Ergebnis kam nicht von ungefähr: Die Wasserburger SPD bemühte sich gezielt um die Neubürger und stellte die Lösung des Flüchtlingsproblems ins Zentrum des Bundestagswahlkampfes von 1949. Um sie in die westdeutsche Gesellschaft zu integrieren, wollten die Sozialdemokraten vor allem die Fürsorgeleistungen verbessern, Arbeitsplätze schaffen und für einen gerechten Lastenausgleich sorgen⁹². Dafür machte sich insbesondere Josef Kriegisch stark, der langjährige Kreisvorsitzende, stellvertretende Landrat und spätere Landtagsabgeordnete. Als Heimatvertriebener und Schwerkriegsbeschädigter gehörte er gleich zwei Kerngruppen der Zusammenbruchgesellschaft nach 1945 an. Sein großes Engagement für die Neubürger führte Kriegisch als ersten Vorsitzenden in die Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft Wasserburg. Diese Posi-

⁹⁰ Vgl. dazu und im folgenden BALCAR, Politik (wie Anm. 3), 258-263.

⁹¹ Die Bevölkerungsstatistik Utzbichls berechnet nach Beiträge zur Statistik Bayerns 177, Bd. 1, 142-161. Die Wahlergebnisse nach Wasserburger Anzeiger vom 10.12.1924, und Wasserburger Anzeiger vom 16.9.1930, sowie Beiträge zur Statistik Bayerns 150, 24*.

⁹² Oberbayerisches Volksblatt vom 2.4.1949 („Flüchtlinge dürfen sich nicht zersplittern“); Oberbayerisches Volksblatt vom 7.7.1949 („Die Fraktionsarbeit der SPD Wasserburg“); Oberbayerisches Volksblatt vom 13.8.1949 („Thomas Wimmer als Wahlredner“). Um die Vertriebenen zu gewinnen, betonten die Referenten der SPD, das an ihnen begangene Unrecht müsse wiedergutmacht werden und meldeten vollmundig Rechtsansprüche auf die alte Heimat an. Oberbayerisches Volksblatt vom 19.7.1949 („SPD eröffnet den Wahlkampf“). Zum Einsatz der bayerischen SPD für die Neubürger allgemein vgl. BEHR, Sozialdemokratie und Konservatismus, 94-96 und 162-163.

tion trug ihm die nachhaltige Dankbarkeit vieler Vertriebener ein, denen mit der forcierten Baupolitik ein Dach über dem Kopf geschaffen wurde - und der SPD so manche Wählerstimme⁹³.

Doch wie gesagt, verkörpert der Landkreis Wasserburg in dieser Hinsicht einen Sonderfall. Allgemein hatte die bayerische SPD in den 1950er Jahren auf dem Land mit einer Reihe von Problemen zu kämpfen⁹⁴. Dazu zählte neben dem nach wie vor virulenten Antikommunismus und dem Dauerkonflikt mit der katholischen Kirche⁹⁵ auch das einsetzende „Wirtschaftswunder“, das die sozialdemokratische Programmatik, die immer noch vom marxistischen Ballast der „Traditionskompanie“ durchtränkt war, anachronistisch erscheinen ließ. In ländlichen Regionen kam erschwerend hinzu, daß das Agrarprogramm der SPD an den Bedürfnissen der städtischen Arbeiterschaft orientiert - also konsumenten-, nicht produzentenorientiert - war⁹⁶, was bei der bäuerlichen Bevölkerung natürlich auf Ablehnung stieß. Gleiches galt für die Wahlkämpfe der SPD, die ganz auf die Stammwähler in den Städten zugeschnitten waren und daher bei der Landbevölkerung nicht verfangen; zudem wirkten die Auftritte der SPD, jedenfalls im Vergleich mit den professionellen Wahlkämpfen der CSU, lange Zeit amateurhaft. Das lag nicht zuletzt an den permanenten Finanzschwierigkeiten, in denen die Sozialdemokratie steckte. Die „Diktatur der leeren Kassen“⁹⁷ zwang die Partei auch, ihren Apparat stetig stärker zu zentralisieren, was insbesondere in ländlichen Regionen zu einer Ausdünnung des Personals und damit zur Schwächung ihrer Schlagkraft führte. Anders als die CSU konnte die SPD dieses Manko kaum durch den Einsatz lokaler Größen kompensieren, denn gerade auf dem Land fehlte ihr das kommunalpolitische Fundament. In Wasserburg stellte die SPD lediglich einen einzigen Bürgermeister: Gabriel Neumeier, der die Amtskette der Kreisstadt von 1948 bis 1972

⁹³ Diese Angaben nach Erich HELMENS DORFER (Hg.), Handbuch des Bayerischen Landtags, o.J. [1955], 196, und Wasserburger Zeitung vom 23.11.1950 („Die Landtagskandidaten des Stimmkreises Wasserburg-Mühldorf“).

⁹⁴ Vgl. im folgenden ausführlich BALCAR, Politik, 263-292.

⁹⁵ Vgl. Kurt KLOTZBACH, SPD und katholische Kirche nach 1945. Belastungen, Mißverständnisse und Neuanfänge, in: Archiv für Sozialgeschichte 29 (1989), XXXVII-XLVII.

⁹⁶ AdsD, Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung der SPD Bezirk Südbayern am 15.4.1950 in München. Vgl. dazu auch BEHR, Sozialdemokratie und Konservatismus, 176-181.

⁹⁷ Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (im folgenden AdsD), Bezirk Südbayern 34, Protokoll der Sitzung des Bezirksvorstands Oberbayern am 7.3.1949 in München, Stellungnahme des Bezirkskassiers Weiss. Vgl. dazu und im folgenden BALCAR, Politik, 271-275.

innehatte; ansonsten blieben ihr die Rathäuser verschlossen. Auch konnten die Sozialdemokraten aus populären Persönlichkeiten wie dem Wasserburger Bürgermeister kein parteipolitisches Kapital schlagen, da diese in der Regel als Person und nicht wegen ihrer Parteizugehörigkeit gewählt wurden. Während die lokalen Exponenten der CSU zumeist angesehene Bauern, Handwerkermeister oder Kaufleute waren, rekrutierte sich das Personal der SPD vornehmlich aus Arbeitern und Flüchtlingen, die in der ländlichen Gesellschaft als Außenseiter galten. Die tiefsitzende Abneigung der Landbevölkerung gegen die SPD führte nicht selten zu offenen Anfeindungen ihrer Mitglieder, und in den Dörfern und Kleinstädten gehörte in den 1950er Jahren noch einiger Mut dazu, sich öffentlich zur Sozialdemokratie zu bekennen.

5. Von der Traditionskompanie zur Volkspartei

Aus der Mischung all dieser Faktoren resultierte eine Reihe von bitteren Wahlschlägen, die jedoch ihrerseits als Katalysator einer personellen Erneuerung sowie einer umfassenden programmatischen und organisatorischen Reform der SPD wirkten⁹⁸. Mit dem im November 1959 verabschiedeten „Godesberger Programm“ wurden die roten Fahnen endgültig eingemottet. Marktwirtschaft trat an die Stelle von Marxismus, zugleich unternahm die Partei energische und durchaus erfolgreiche Schritte, das Kriegsbeil mit der katholischen Kirche zu begraben. Damit ging die SPD nicht nur einen entscheidenden Schritt auf dem „Weg zur Staatspartei“ (Kurt Klotzbach), sondern forcierte gleichzeitig auch den Transformationsprozeß von der Arbeiter- zur Volkspartei⁹⁹. Auf der Basis des Godesberger Programms unternahm die bayerische SPD nun auch ernst-

⁹⁸ Vgl. im folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, BALCAR, Politik, 305-341.

⁹⁹ Zur Genese des Godesberger Programms vgl. LÖSCHE - WALTER, SPD (wie Anm. 79), 110-115. Zur Durchsetzung des neuen Grundsatzprogramms und den zähen innerparteilichen Widerständen, die es dabei zu überwinden galt, vgl. ausführlich Kurt KLOTZBACH, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, 1982, 299-494, und den knappen Überblick bei Hans-Peter SCHWARZ, Die Ära Adenauer 1957-1963 [Karl-Dietrich BRACHER u.a. (Hg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3], 1983, 192-204. Das Godesberger Programm ist abgedruckt in Dieter DOWE - Kurt KLOTZBACH (Hg.), Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, ³1990, 349-370. Zum Reformprozeß der SPD vgl. auch Helga GREBING, Von der „Traditionskompanie“ zur „Staatspartei“. Die Modernisierung der Sozialdemokratie in den 1950er und 1960er Jahren im regionalen Vergleich, in: Jürgen KOCKA - Hans-Jürgen PUHLE - Klaus TENFELDE (Hg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, 1994, 205-221.

hafte Versuche, sich auf dem Land als modernere Alternative zur CSU zu profilieren. Das 1962 vorgelegte Agrarprogramm wies jedoch diesbezüglich zwei schwerwiegende Mängel auf: Erstens begrüßte es den Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft, dem die meisten Bauern mehr als skeptisch gegenüberstanden; zweitens fand die SPD keinen Bezug zu den Neben- und Zuerwerbslandwirten, die als Arbeiterbauern eigentlich das natürliche Einfallstor der ehemaligen Arbeiterbewegung in den primären Sektor darstellten. Damit überließ die SPD diese Bevölkerungsgruppe, die gerade in den 1960er Jahren an Bedeutung gewann, ihrem Schicksal bzw. dem politischen Gegner¹⁰⁰.

Ähnlich ambivalent wirkte sich die Wachablösung in der Führungsrige der Sozialdemokratie aus, die mit der programmatischen Erneuerung und dem daraus resultierenden Imagewandel der SPD einherging. Die symbolisch bedeutsamste Veränderung trat 1963 ein, als nach dem Tod Erich Ollenhauers mit Willy Brandt ein Politiker den Parteivorsitz übernahm, der den Wandel der SPD wie kaum ein anderer verkörperte. Damit setzte die SPD ein Signal, daß sie es nicht nur ernst meinte mit der programmatischen Veränderung, sondern daß sie auch bereit war, sich selbst zu verändern, denn an die Stelle eines farblosen Apparatschiks trat ein weltgewandter Bonvivant¹⁰¹. Die Blutaufrischung war nicht auf Bonn beschränkt, sondern auf allen Ebenen der Partei zu beobachten: In München räumte der charismatische, aber persönlich schwierige Waldemar von Knoeringen den Landesvorsitz, den nun der agile Volkmar Gabert einnahm¹⁰², und auch in zahlreichen ländlichen Regionen brachten jüngere Vorsitzende frischen Wind in die Kreisverbände und Ortsvereine. An die Stelle der klassischen Arbeiterfunktionäre traten

¹⁰⁰ Zu den Arbeiterbauern vgl. Andreas EICHMÜLLER, „I hab' nie viel verdient, weil i immer g'schaut hab, daß as Anwesen mitgeht.“ Arbeiterbauern in Bayern nach 1945, in: Thomas SCHLEMMER - Hans WOLLER (Hg.), *Bayern im Bund*, Bd. II: *Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973*, 2002, 179-268; Eckart BOHN, *Wirtschaftsstruktureller Wandel und gesellschaftliche Orientierung. Eine empirische Studie über den ländlichen sozio-ökonomischen Wandel und seine Reflexion im Bewußtsein und Verhalten von Bauern und Arbeiterbauern*, 1980; Rolf G. HEINZE, *Soziale Lage und Deutungsmuster von Arbeiterbauern*, in: Onno POPPINGA (Hg.), *Produktion und Lebensverhältnisse auf dem Land*, 1979, 194-209.

¹⁰¹ Zu Willy Brandt vgl. Peter MERSEBURGER, *Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist*, 2002; Gregor SCHÖLLGEN, *Willy Brandt. Die Biographie*, 2001.

¹⁰² Vgl. dazu und im folgenden Emil WERNER, *Im Dienst der Demokratie. Die bayerische Sozialdemokratie nach der Wiedergründung 1945*, 1982, 181-186. Zu Knoeringen vgl. Hartmut MEHRINGER, *Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie*, 1989. Eine Biographie Volkmar Gaberts steht noch aus; vgl. einstweilen Hildegard KRONAWITTER, *Ein politisches Leben. Gespräche mit Volkmar Gabert*, 1996.

Männer, die dem neuen Mittelstand entstammten und über eine wesentlich bessere Ausbildung verfügten. Allerdings bescherte auch dies der SPD zunächst nicht den erhofften Durchbruch, da die neuen Hoffnungsträger der SPD weder Kompetenz auf dem Sektor Landwirtschaft noch Verbindungen zu den dörflichen-kleinstädtischen Honoratiorenzirkeln mitbrachten.

Erfolgreicher war die SPD im Hinblick auf die Reform ihrer Organisationsstruktur¹⁰³. Da sich der Abstand zwischen den Bezirken einerseits und den Ortsvereinen sowie Kreisverbänden andererseits in der Vergangenheit als zu groß erwiesen hatte, versuchte die Partei mit den Unterbezirken, die weitgehend den Bundeswahlkreisen entsprachen, eine mittlere organisatorische Ebene einzuziehen. Wegen der anhaltenden Finanzmisere gelang es jedoch erst im Vorfeld der Bundestagswahl von 1965, diese auch mit hauptamtlichen Sekretären zu besetzen, die vom Bonner Parteivorstand zentral besoldet wurden. Die SPD beschritt damit denselben Weg wie die CSU, allerdings erst deutlich später. Dies hatte insbesondere auf die Wahlkämpfe der Sozialdemokratie auf dem Land positive Auswirkungen, zum Teil jedoch auch auf den weiteren Ausbau des Parteiapparats. Im Landkreis Wasserburg, wo eingangs der 1960er Jahre neun Ortsvereine existierten¹⁰⁴, war ein deutlicher Aufwärtstrend erkennbar: Zwar mußte Ende 1964 der Ortsverein Amerang aufgelöst werden, doch gelang es 1966, in Rosenberg, Attel und Mittergars neue Ortsvereine zu schaffen. Hier trugen die Bemühungen des Unterbezirkssekretärs Oskar Riedl offensichtlich Früchte, der mit großem persönlichem Einsatz den Aufbau neuer Stützpunkte und Ortsvereine vorantrieb.¹⁰⁵ Allerdings konnte auch der rastlose Riedl nicht verhindern, daß die Genossen in Mittergars auf keinen grünen Zweig kamen; schon Anfang 1971 löste sich der Ortsverein wieder auf, die verbliebenen 14 Mitglieder wurden in den Ortsverein Gars am Inn eingegliedert.

Die bessere organisatorische Verankerung schlug sich in deutlich steigenden Mitgliederzahlen nieder. Bundesweit stieg die Zahl der Genossen, die 1958 nach einem kontinuierlichen Rückgang nur noch 620.000 betragen hatte, auf über eine Million im Jahr 1976¹⁰⁶.

¹⁰³ Vgl. im folgenden BALCAR, Politik, 328-333.

¹⁰⁴ Im Landkreis Wasserburg existierten zunächst in Amerang, Edling, Evenhausen, Gars, Griesstätt, Haag, Isen, Rott am Inn und Wasserburg Ortsvereine. Diese und die folgenden Angaben nach AdsD, Bezirk Südbayern, Ungeordneter Bestand, Kladden „Mitgliederstand“, Einträge Kreisverband Wasserburg am Inn.

¹⁰⁵ AdsD, Bezirk Südbayern 41, Oskar Riedl an den Bezirksvorstand Südbayern vom 19.9.1967.

Es gab freilich auch Regionen, in denen eine umgekehrte Entwicklung zu beobachten war - etwa den Landkreis Wasserburg. Auch hier mangelte es nicht an mehr oder weniger systematischen Versuchen, die Parteiorganisation auf Vordermann zu bringen und den Mitgliederbestand aufzuforsten¹⁰⁷. Sie waren jedoch von parteiinternen Dauerkonflikten überschattet, die bereits 1963 begonnen hatten, als die Achse zwischen Walter Treitinger und Josef Kriegisch zerbrach¹⁰⁸. Die lange und enge Kooperation der beiden Männer hatte den Zusammenschluß alteingesessener Sozialdemokraten und vertriebener Neubürger symbolisiert, der mehr als alles andere für das vergleichsweise gute Abschneiden der Wasserburger SPD in den 1950er Jahren verantwortlich war. Mit dem Bruch dieser Allianz verlor der Kreisverband die Geschlossenheit, was zwei Jahre später dazu führte, daß es nicht gelang, einen Bundestagskandidaten aufzustellen, der die einhellige Unterstützung der verfeindeten Lager fand¹⁰⁹. Als schließlich Treitinger selbst in die Schußlinie parteiinterner Kritiker geriet, stand der Kreisverband kurz vor dem Kollaps¹¹⁰. So verwundert es nicht, daß die positive Mitgliederentwicklung am Inn bereits 1967 mit 342 Genossen ihren Höhepunkt erreicht hatte; 1971 waren es nur noch 287¹¹¹.

Trotzdem läßt sich festhalten, daß sich - aufs Ganze gesehen - nicht nur die CSU, sondern auch die SPD in den 1960er Jahren zu einer echten Volkspartei gemausert hat. Sie profitierte in jenen Jahren vom seinerzeit vielzitierten „Genossen Trend“, dem tiefgreifenden Wandel der westdeutschen Gesellschaft, der nicht ohne Auswirkungen auf das Wahlverhalten blieb¹¹². Von Wahl zu Wahl rückte die SPD näher an die Union heran. Dazu kam der „Machtwechsel“ von 1969, als es der SPD erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik gelang, die Union aus dem Bonner Kanzleramt zu verdrängen. Nun schien vieles möglich - auch im Freistaat, wo sich die Sozialdemokraten gegen Ende dieses Jahrzehnts anschickten, den enormen Vorsprung der CSU auf dem Land zu verkürzen und die Regierungspartei gewissermaßen in ihrem Stammland ernsthaft herauszufordern.

¹⁰⁶ Diese Angaben nach KLOTZBACH, Weg zur Staatspartei, 584, und LÖSCHE - WALTER, SPD, 152.

¹⁰⁷ Beispielsweise AdsD, Bezirk Südbayern 41, Oskar Riedl an den Bezirksvorstand vom 19.9.1967.

¹⁰⁸ AdsD, Bezirk Südbayern 112, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 9.11.1963, Bericht Max Allmers und Stellungnahme Walter Treitingers.

¹⁰⁹ AdsD, Bezirk Südbayern 113, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung am 25.9.1964.

¹¹⁰ AdsD, Bezirk Südbayern 41, Max Allmer an Hans Höchtl vom 30.1.1969. Reichliches Material zum Konflikt mit den Jusos findet sich in AdsD, Bezirk Südbayern IV, Nr. 90.

¹¹¹ Diese Angaben nach SPD Bezirk Südbayern, Ungeordneter Bestand, Kladden „Mitgliederstand“.

III. Die Phase der Entscheidung

Die entscheidende Weichenstellung für die bis heute ungebrochene Dominanz der CSU in Bayern sowie die andauernde Chancenlosigkeit der SPD fand in den frühen 1970er Jahren statt, als beide Volksparteien schwere Krisen zu meistern hatten: die CSU die Folgen der kommunalen Gebietsreform, die SPD die Auseinandersetzungen mit dem renitenten Parteienachwuchs. Während die CSU aus dieser Krise gestärkt hervorging, vergraulten die radikalen Parolen der Jusos gerade diejenigen Wähler in ländlichen Regionen, welche die SPD erst im Lauf der 1960er Jahre mühevoll gewonnen hatte.

1. Die CSU und die kommunale Gebietsreform

Die kommunale Gebietsreform der frühen 1970er Jahre stellte die Nagelprobe für die Hegemonialposition der CSU im Freistaat dar. Zwar war die Notwendigkeit eines Neuzuschnitts der 143 Landkreise, 48 kreisfreien Städte und über 7.100 Gemeinden schon seit längerem unstrittig, da die Verwaltungseinheiten des Freistaats im westdeutschen Vergleich besonders geringe Einwohnerzahlen und ausgeprägt kleinräumige Strukturen aufwiesen¹¹³. In Zeiten zunehmend komplexer werdender Probleme und wachsender Ansprüche der Bürger gerieten Landkreise und Gemeinden in die Gefahr, den

¹¹² Hermann KORTE, Eine Gesellschaft im Aufbruch. Die Bundesrepublik Deutschland in den sechziger Jahren, 1987. Zum Wertewandel vgl. insbesondere Helmut KLAGES, Verlaufsanalyse eines Traditionsbruchs. Untersuchungen zum Einsetzen des Wertewandels in der Bundesrepublik Deutschland in den 60er Jahren, in: Karl Dietrich BRACHER u.a. (Hg.), Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag, 1992, 517-544. Für ländliche Regionen vgl. Bernd VAN DEENEN, Der Wandel von Werten und Verhaltensweisen auf dem Land. Dargestellt am Beispiel Familie, Ehe, Sexualität, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.), Auf dem Lande leben, 1983, 97-110; Ulrich PLANCK, Wertewandel und demographische Veränderung. Erwerbsgrundlage und Lebensqualität im ländlichen Raum, in: Erwerbsgrundlagen und Lebensqualität im ländlichen Raum, 1986 (Beiträge der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 91), 27-48. Zum Wahlverhalten SCHWARZ, Ära Adenauer 1957-1963, 193.

¹¹³ Die bis zur Gebietsreform bestehenden 143 bayerischen Landkreise wiesen zum 31.12. 1970 eine durchschnittliche Einwohnerzahl von 48.900 auf und lagen damit etwa bei der Hälfte des Bundesdurchschnitts. Werner THIEME - Günter PRILLWITZ, Durchführung und Ergebnisse der kommunalen Gebietsreform, 1981 (Schriftenreihe Kommunale Selbstverwaltung und Gebietsreform. Verstärkung oder Minderung der politischen Anteilnahme?, in: Rainer A. ROTH (Hg.), Freistaat Bayern. Die politische Wirklichkeit eines Landes der Bundesrepublik Deutschland, 1975, 189-219.

Anforderungen einer modernen Administration nicht mehr gerecht zu werden¹¹⁴. Um ihre Leistungsfähigkeit zu stärken, mußten die Verwaltungseinheiten der unteren Ebene organisatorisch gestrafft und zahlenmäßig deutlich verringert werden, wie es in anderen Bundesländern bereits geschehen war¹¹⁵. Die Sache hatte freilich einen entscheidenden Haken: Im Unterschied zu den übrigen Bundesländern verfügten die Verwaltungskörperschaften in Bayern über eine lange Tradition, die bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts zurückreichte¹¹⁶. Nicht zuletzt deswegen wollten die wenigsten Kreise und Kommunen freiwillig auf ihre Selbständigkeit verzichten, so daß der Gesetzgeber bzw. die Staatsregierung eine Entscheidung herbeiführen mußte, die bei den Betroffenen auf wenig Gegenliebe stoßen würde¹¹⁷. Die CSU befand sich dabei in einem doppelten Dilemma: Als alleinige Regierungspartei hatte sie die Reform zu tragen und gegen den zum Teil erbitterten Widerstand zahlreicher Gemeinden und Kreise durchzusetzen, was um so schwerer fiel, weil vielfach auch die Interessen der „Regionalfürsten“ der eigenen Partei berührt waren, die um ihre kommunalen Ämter und ihre innerparteilichen Funktionen fürchteten.

Die Staatsregierung bemühte sich dabei nach Kräften um eine Kompromißlösung und versuchte, die Betroffenen - in erster Linie die Bezirksregierungen und die Vertretungskörperschaften der Landkreise - so weit wie möglich in den Prozeß der Entscheidungsfindung einzubeziehen¹¹⁸. Daher zog sich das Tauziehen um den Neuzuschnitt der bayerischen Landkreise vom Februar bis zum November 1971 hin, ehe die Staatsregierung am 9. November den endgültigen Verordnungsentwurf präsentierte, den der Landtag am 15. De-

¹¹⁴ Vgl. Elmar POSCHEN, Die ökonomischen Folgen der kommunalen Gebietsreform für die betroffenen Bürger und Unternehmen. Eine Untersuchung an ausgedehnten Modellfällen in der Bundesrepublik Deutschland, 1983 (Schriftenreihe kommunale Gebietsreform, Bd. 2), 23; Ulrich SCHEUNER, Voraussetzungen der kommunalen Gebietsreform, in: Christoph VON UNRUH - Werner THIEME - Ulrich SCHEUNER (Hg.), Die Grundlagen der kommunalen Gebietsreform, 1981 (Schriftenreihe Kommunale Gebietsreform, Bd. 1), 81-83.

¹¹⁵ Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Niedersachsen hatten mit der Neuordnung ihrer mittleren Verwaltungsebene bereits vor dem Freistaat begonnen. Peter Jakob KOCK, Der Bayerische Landtag 1946 bis 1986, Bd. 1: Chronik, 1986, 192.

¹¹⁶ KOCK, Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, 450, und BOCKLET, Kommunale Selbstverwaltung und Gebietsreform, 189.

¹¹⁷ Süddeutsche Zeitung vom 23./24.1.1971 („Gebietsreform kann alle Grenzen sprengen“). Zur politisierenden Wirkung der Gebietsreform auf dem Land vgl. Rüdiger VOIGT, Kommunalpolitik im ländlichen Raum. Ein Plädoyer für die Wiederbelebung der lokalen Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 46-47/1986, 3-13, hier 7-9.

¹¹⁸ Mindelheimer Zeitung vom 24.5.1971 („Der neue Weg zur Kreisreform“).

zember 1971 mit den Stimmen der CSU billigte.¹¹⁹ Nachdem das bayerische Verwaltungsgericht die Anfechtungsklagen verschiedener Landkreise abgewiesen hatte, trat die Kreisgebietsreform schließlich am 1. Juli 1972 in Kraft: Von den ehemals 143 bayerischen Landkreisen blieben nur 71 bestehen, und die Zahl der kreisfreien Städte sank von 48 auf 25.¹²⁰ Wenn die Staatsregierung jedoch geglaubt haben sollte, mit dem langwierigen Verfahren den Kritikern den Wind aus den Segeln genommen zu haben, sah sie sich getäuscht. Zwar sorgte der Neuzuschnitt der Landkreisgrenzen nicht überall für Aufruhr. Wo die Reform jedoch drastisch in die bestehenden Verwaltungsstrukturen einschneidet, lief die Bevölkerung gegen sie Sturm. Das bekam vor allem die CSU zu spüren, die für die vermeintlichen Ungerechtigkeiten verantwortlich gemacht wurde. Zu den Zentren des Protests gegen die Gebietsreform zählte neben Vilshofen und Wolfratshausen auch der Landkreis Wasserburg.

Als die Diskussionsphase um das Reformprojekt anließ, war es am Inn noch ruhig geblieben, denn zunächst sah es so aus, als ob der Landkreis nicht nur weiterbestehen, sondern auf Kosten seiner Nachbarn sogar noch beträchtlich vergrößert werden sollte¹²¹. Die anfangs eher besonnene Stimmung in Wasserburg begann erst umzuschlagen, als Mitte Mai gerüchteweise bekannt wurde, daß sich die CSU-Fraktion im Landtag für eine Auflösung des Landkreises ausgesprochen hatte. Die CSU-Führung aus Stadt und Landkreis kam zu einer eilends einberufenen Sondersitzung zusammen und verabschiedete eine Resolution an den Landesvorstand der Partei, die sich scharf gegen eine Zerstückelung des Landkreises Wasserburg wandte. Auf einer ersten größeren Kundgebung wurde sein Erhalt gefordert und eine Resolution an den Ministerpräsidenten verfaßt, die alle im Stadtrat und Kreistag vertretenen Parteien und Gruppen sowie verschiedene im Kreis ansässige Verbände und Organisationen unterzeichneten. Der Vorsitzende des Gewerbevereins Wasser-

¹¹⁹ KOCK, Landtag, 191-192. Das Volksbegehren richtete sich nicht gegen die Gebietsreform an sich bzw. die konkreten Vorstellungen der Staatsregierung, sondern lediglich gegen die Art und Weise, wie die Reform in Kraft gesetzt werden sollte. Die Initiatoren, der sogenannte „Riedenburger Kreis“, forderten, die Gebietsreform nicht auf dem Verordnungsweg, sondern in Form eines Gesetzes mit Zweidrittelmehrheit zu verabschieden. Allerdings trugen sich bayernweit nur 3,7 Prozent der Abstimmungsberechtigten in die Listen des Volksbegehrens ein, das damit das nötige Quorum von zehn Prozent klar verfehlte.

¹²⁰ Diese Angaben nach dem Statistisches Jahrbuch für Bayern 30 (1972), 11.

¹²¹ Vgl. hierzu und im folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, BALCAR, Politik, 362-370.

burg, Franz Xaver Sinzinger, rief wenig später sogar eine Bürgerinitiative für den Erhalt des Landkreises ins Leben.

Der Beschluß des Ministerrats vom 6. Oktober, demzufolge der Landkreis aufgelöst und seine Gemeinden auf die Nachbarn Rosenheim, Erding, Ebersberg und Mühldorf aufgeteilt werden sollten, schlug in Wasserburg wie eine Bombe ein und führte zu „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“¹²². Nun rissen die Protestveranstaltungen nicht mehr ab, deren vorläufigen Höhepunkt eine von der Bürgerinitiative veranstaltete Demonstration auf dem Wasserburger Marienplatz darstellte, an der rund 10.000 Menschen teilnahmen. Die Stimmung war extrem gereizt, der Staatsregierung und der CSU schlug blanker Haß entgegen. Auf dem Marktplatz wurden Strohpuppen führender Politiker aufgehängt und überall im Landkreis prangten Plakate, die den Innenminister auf einer Bombe mit brennender Lunte sitzend zeigten. Bei einer Protestkundgebung vor der Staatskanzlei in München, zu der die Wasserburger Bürgerinitiative aufgerufen hatte und an der sich rund 1.500 Menschen aus dem Landkreis beteiligten, forderten die Demonstranten auf Plakaten und Spruchbändern „Gerechtigkeit für Wasserburg“, sie klagten den „CSU-Diktator Merk“ an und drohten: „Merk, Huber, Kiesel laßt Euch sagen, die CSU geht wegen Euch baden“¹²³. Trotz aller Proteste hielt die Staatsregierung in ihrem endgültigen Verordnungsentwurf vom 9. November 1971 an der Zerschlagung des Landkreises fest. Dieser Ankündigung folgte eine neuerliche Welle von Protestaktionen. Bauern legten wiederholt den Verkehr lahm, die Feuerwehr rückte zu mehreren Protestübungen aus, und die Schnapsbrennerei Sigl brachte mit dem „Wasserburger Widerstandsgeist“ und dem „Wasserburger Märtyrerblut“ zwei eigens für diesen Anlaß hergestellte Kreationen auf den Markt, die den Demonstranten nicht nur zur symbolischen Stärkung dienten: Der Verkaufserlös ging als Spende an die Bürgerinitiative. Parallel dazu lief die Frist zur Einschreibung in das Volksbegehren, in das sich - nicht zuletzt dank einem kostenlosen Transportservice zum Abstimmungslokal und dem nimmermüden Engagement aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte - über die Hälfte aller stimmberechtigten Einwohner des Landkreises eintrugen, womit Wasserburg die

¹²² Michael BUCKMILLER - Josef FENZL, „Aufm Land is nix los ...“. Ein Gespräch über die Dialektik von Spontaneität und Organisation in der Provinz am Beispiel Wasserburg, in: Hans Magnus ENZENSBERGER - Karl Markus MICHEL - Harald WIESER (Hg.), Kursbuch 39, „Provinz“, 1975, 155-181, hier 158. Dazu ausführlich Augsburger Zeitung vom 6.10.1971 („Nochmals zwei Landkreise weniger für Schwaben“).

¹²³ Eine Abbildung findet sich in: KOCK, Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, 450.

höchste Beteiligung in ganz Bayern erzielte. Um so größer war die Enttäuschung über das magere Gesamtergebnis.

Nicht zuletzt die Art und Weise, wie die Entscheidung gegen den Landkreis Wasserburg fiel, brachte die Bevölkerung gegen die CSU und die von ihr geführte Staatsregierung auf. Man witterte Ränkespiele hinter den Kulissen, bei denen die Rolle des Bösewichts wechselte, aber stets überaus prominent besetzt war: Ganz oben auf der Liste der „Schuldigen“ standen Innenminister Bruno Merk und sein Staatssekretär Erich Kiesel, die Initiatoren der Gebietsreform. Dazu kamen in den wechselnden Stadien der Auseinandersetzung die Vertreter aus den benachbarten Landkreisen Ebersberg, Traunstein und Mühldorf, denen man vorwarf, gegen die Selbständigkeit Wasserburgs intrigiert zu haben. In diesem Licht erschien der Landtagsabgeordnete Nikolaus Asenbeck, der aus Zangberg im Landkreis Mühldorf stammte, und dem man unterstellte, er habe Wasserburg „geopfert“, um „seinen“ Landkreis zu „retten“. Ähnlich dachten in Wasserburg viele über Otto Freiherr von Feury, den mächtigen Präsidenten des Bayerischen Bauernverbands, der den Landkreis Ebersberg im Maximilianeum vertrat. Als Schurke schlechthin galt Ludwig Huber, der als Vorsitzender der CSU-Fraktion im Landtag über großen Einfluß gebot und der sich, so munkelte man, über Gebühr für seinen Wahlkreis Traunstein eingesetzt habe. „Ein Einwohner nach Wasserburg, und ich bringe die Gebietsreform zu Fall“, kolportierte die Wasserburger Zeitung eine Äußerung des Kultusministers.

Funktionäre und Mitglieder der CSU gerieten zunehmend unter Druck¹²⁴, obwohl auch sie sich stets rückhaltlos für den Erhalt des Landkreises eingesetzt hatten. Am 9. Oktober beschloß eine Kreismitgliederversammlung, „aus Protest gegen die geplante Zerstückelung unseres Landkreises [...] die Einstellung jeglicher Parteiarbeit [...]“.¹²⁵ Ende des Monats löste sich die Kreistagsfraktion auf, die ihre Arbeit von nun an unter dem pathetischen Namen „Gerechtigkeit“ fortsetzte. Anfang Dezember verließen schließlich sechs der sieben CSU-Stadträte ihre Partei und gründeten die „Was-

¹²⁴ Unterlagen des Ortsverbands Haag, Mappe „Ab 1.1.1967“, Rundschreiben Karl Neuburgers an die Ortsvorsitzenden des CSU-Kreisverbandes vom 9.12.1971.

¹²⁵ Unterlagen des Ortsverbands Haag, Mappe „Ab 1.1.1967“, Rundschreiben Karl Neuburgers an die Ortsvorsitzenden des CSU-Kreisverbandes vom 9.12.1971. Die Einladungen zu dieser Kreisversammlung war unmittelbar nach Bekanntwerden des Ministerratsbeschlusses abgesandt worden mit der eindeutigen Aufforderung, „eine eindrucksvolle Demonstration unseres einhelligen politischen Willens“ abzulegen. ACSP, KV Wasserburg 8, Rundschreiben des Kreisverbandes Wasserburg an alle Mitglieder vom 6.10.1972.

serburger Union“ - ein Akt der Verzweiflung, der an der Auflösung des Landkreises nichts mehr ändern konnte. Für die CSU hatte die Angelegenheit freilich ein Nachspiel, denn im Frühjahr 1972 standen Kommunalwahlen an. Die verbliebenen CSU-Funktionäre bemühten sich verzweifelt, die Parteiarbeit wieder in Gang zu bringen. Fritz Gruber, der Ortsvorsitzender der CSU in Haag, orakelte, es gehe „um das Überleben“ und beschwor seine Parteifreunde, im Wahlkampf alle Kräfte zu mobilisieren¹²⁶. Hinsichtlich der Gebietsreform versuchten die lokalen Vertreter der CSU einen Spagat: Einerseits distanziierten sie sich von der Reform, andererseits versuchten sie, den Neuzuschnitt der Landkreise als notwendiges Übel zu rechtfertigen. Ob sich damit die Gemüter beruhigen ließen, wußte freilich niemand, und so sah die Partei dem Wahlausgang eher ängstlich als zuversichtlich entgegen.

Allen Unkenrufen zum Trotz ging die CSU in den Gemeinden des Altlandkreises Wasserburg nicht unter, wenn ihre Ergebnisse auch extrem unterschiedlich ausfielen. In den Zentren des Widerstands gegen die Gebietsreform, in denen die CSU ihre bewährten Funktionäre und Mandatare verloren hatte, erhielt sie eine deutliche Abfuhr. In der Stadt Wasserburg stand sie von vorneherein auf verlorenem Posten, da ihre Führungsmannschaft entnervt das Handtuch geworfen hatte und ihre Stadtratsfraktion fast geschlossen aus der Partei ausgetreten war. Sie schloß sich mit einer weiteren Wählergruppe zum „Wasserburger Block“ zusammen, der 1972 zur beherrschenden Kraft im Stadtrat avancierte. Das zeigte sich auch in der Wahl des Bürgermeisters: Nach dem altersbedingten Rückzug von Gabriel Neumeier setzte sich der vom „Wasserburger Block“ vorgeschlagene Martin Geiger, ein promovierter Jurist aus dem Württembergischen, der zuvor als juristischer Staatsbeamter am Wasserburger Landratsamt gewirkt hatte, klar mit 55,2 Prozent gegen den Kandidaten der SPD durch¹²⁷. In anderen Kommunen des Altlandkreises, in denen die CSU bewährte Kräfte aufbieten konnte, schnitt sie dagegen hervorragend ab. In der Marktgemeinde Haag beispielsweise entfielen auf den populären Bürgermeister Huber, den die CSU wiederum ins Rennen geschickt hatte, 96,7 Prozent der Stimmen. Auch bei der Gemeinderatswahl konnte die CSU mit 58,5 Prozent erheblich mehr Stimmen verbuchen als 1966¹²⁸. Mit einem derartigen Ergebnis hatten vor der Wahl selbst die kühnsten Optimisten nicht gerechnet.

¹²⁶ ACSP, KV Wasserburg 9, Rundschreiben des Ortsverbands Wasserburg an seine Mitglieder vom 24.5.1972.

¹²⁷ Schriftliche Mitteilung des Stadtarchivs Wasserburg vom 11.4.2001.

Fraglos hatte die Kreisreform die CSU 1971 in eine tiefe Krise gestürzt, doch gelang es der Partei, sie relativ schnell zu überwinden, wie sich auch an der Mitgliederentwicklung ablesen läßt: 1972 gewann die bayerische Unionsschwester 32.000 neue Mitglieder hinzu¹²⁹. Zur raschen Krisenüberwindung trugen eine Reihe von Faktoren bei. Der CSU kam einmal zugute, daß bei Bundestags- und Landtagswahlen ganz andere Themen im Vordergrund standen. 1972 erhielt sie unfreiwillige Schützenhilfe von der SPD, die den Urnengang als „westdeutschen Volksentscheid über die Ostpolitik“ der sozialliberalen Koalition inszenierte¹³⁰, einer auch in der Bevölkerung heiß umstrittenen Frage. Mochte von dieser Frontstellung bundesweit auch die Sozialdemokratie in besonderem Maße profitieren, die erstmals seit Kriegsende zur stimmenstärksten Partei aufstieg, so konnte sich die CSU ihrer bayerischen Klientel in dieser Frage doch weitgehend sicher sein. Das für die Union so heikle Thema Gebietsreform geriet dabei fast völlig aus dem Blick.

Dazu kamen die Veränderungen, die das Parteiensystem des Freistaats seit 1949/50 durchlaufen hatte. Die CSU zeichnete sich in den frühen 1970er Jahren durch eine große Stabilität aus, da es ihrer Klientel, zumal auf dem Land, an Alternativen fehlte. Von Kommunalwahlen einmal abgesehen, bei denen sich freie Wählergruppen anboten, wem wollte die in ihrer Mehrheit konservativ eingestellte Landbevölkerung denn die Stimme geben? Die NPD, die als Protestpartei prädestiniert gewesen wäre, befand sich nach ihrem kurzen Höhenflug zwischen 1966 und 1969 seit 1970 bereits wieder auf dem absteigenden Ast¹³¹. Zudem trat sie in den altbayerischen Brennpunkten der Gebietsreform so gut wie nicht in Erscheinung.

¹²⁸ 1966 hatte die CSU in der Haager Gemeinderatswahl 41,7 Prozent der Stimmen erhalten. Mit besonderer Genugtuung registrierte der Ortsvorsitzende, daß es gelungen war, die Zahl der Haager Vertreter im neuen Kreistag von einen auf drei zu vergrößern. Diese Angaben nach Unterlagen des Ortsverbands Haag, Mappe 1.1.1973 - 31.12.1974, Manuskript des Rechenschaftsberichts Fritz Grubers auf der Jahreshauptversammlung des CSU-Ortsverbands Haag am 6.4.1973.

¹²⁹ 1970 zählte die CSU 75.001 Mitglieder, ein Jahr später waren es 74.713. Diese und die folgenden Angaben nach Oliver GNAD, Die Christlich-Soziale Union in Bayern. Mitgliedschaft und soziale Struktur, in: Marie-Luise RECKER - Klaus TENFELDE (Hg.), Parteien und Parlamente in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. CDU/CSU, FDP sowie die kleinen Parteien des bürgerlichen und rechten Spektrums (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 12/3), im Druck.

¹³⁰ Arnulf BARING, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, 1982, 499. Auch Manfred GÖRTEMAKER, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, 1999, 562, bezeichnete die Bundestagswahl von 1972 als „Plebiszit über die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition“.

¹³¹ KOCK, Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, 443-444.

Die FDP war auf dem Land organisatorisch nur ganz schwach verankert¹³² und - von einigen protestantischen Landstrichen abgesehen - so gut wie nicht präsent, zudem durch ihre Beteiligung an der sozialliberalen Koalition in Bonn in den Augen vieler konservativer Wähler diskreditiert. Die SPD schließlich, die einzige verbliebene ernstzunehmende Rivalin, konnte gerade im Streit um die Gebietsreform unter der Landbevölkerung keine Punkte sammeln, weil ihr Konzept in dieser Frage noch weitaus einschneidender als das der CSU war¹³³.

Ohnehin gab es auf dem Land keinen Gegner mehr, der die Hegemonialposition der CSU auf Bundes- und Landesebene bedrohen konnte, nachdem sich diese in den 1950er Jahren im „Bruderzwist“ (Alf Mintzel) durchgesetzt hatte und die Bayernpartei in den 1960er Jahren in der völligen Bedeutungslosigkeit versunken war. Zehn Jahre früher, als die Bayernpartei noch im Landtag vertreten und in Ober- und Niederbayern wenigstens rudimentär organisatorisch präsent gewesen war, hätte sich der Neuzuschnitt der Landkreise zu einer existentiellen Bedrohung für die CSU entwickeln können¹³⁴. So aber konnte die bayerische Unionspartei relativ gelassen abwarten, bis die Gebietsreform auch in den Zentren des Widerstands langsam in Vergessenheit geriet. Das war zwar bei der Landtagswahl von 1974 noch nicht der Fall, wie etwa das Ergebnis in der Stadt Wasserburg verdeutlicht: Hier erreichte die CSU nur 45,2 Prozent der Stimmen, was einem Verlust von 6,8 Prozentpunkten gegenüber der Wahl von 1970 bedeutete, während sich die Bayernpartei von 3,9 auf 12,9 Prozent verbesserte¹³⁵. Doch beherrschte seinerzeit bereits ein ganz anderes Thema den Wahlkampf: die Auseinandersetzungen der SPD mit ihrer renitenten Parteijugend.

¹³² Vgl. Alf MINTZEL, Strategie und Organisation. Sozio-strukturelle Schwächen von SPD und FDP in Bayern, in: Stefan IMMERFALL u.a.: Parteien in Bayern. Vier Studien, 1996 (Passauer Papiere zur Sozialwissenschaft, Bd. 15), 103-176, hier 161-168.

¹³³ Das Folgende nach SPD LANDESVERBAND BAYERN (Hg.), Verwaltungs- und Gebietsreform in Bayern. Die Konzeption der SPD, o.J.; ACSP, Bezirksverband Schwaben 149, SPD Landtagsfraktion und Kommission „Gebietsreform“ des kommunalpolitischen Landesausschusses, „Grundsätze einer Gebiets- und Verwaltungsreform“ vom 15.2.1971; BOCKLET, Kommunale Selbstverwaltung und Gebietsreform, 201.

¹³⁴ Zu diesem Zusammenhang MINTZEL, Geschichte der CSU, 269-270.

¹³⁵ Diese Angaben nach Wasserburger Zeitung vom 29.10.1974 („CSU-Einbußen von 6,76 Prozent“).

2. Die SPD und der Aufstand der Jusos

Im Lauf der 1960er Jahren entwickelte sich die „Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten“, wie die Jusos offiziell hießen, von einer braven Nachwuchsorganisation zu einer rebellischen innerparteilichen Opposition. Ausgelöst wurde diese Veränderung nicht zuletzt durch den enormen Zustrom junger Akademiker, den die Partei in jenen Jahren erlebte. Er veränderte ihr Gesicht radikal¹³⁶. Die daraus resultierenden Spannungen, eine hochexplosive Mischung aus Generationenkonflikt, programmatischer Auseinandersetzung und Positionskämpfen, waren der Preis, den die SPD auf dem Weg zur Volkspartei entrichten mußte. Die jungen Wilden, zum Großteil nicht mehr im Arbeitermilieu verwurzelt, sondern aus den gutbürgerlichen Häusern der Mittelschicht stammend, konnten mit der biedereren Gemütlichkeit in den Ortsvereinen der SPD nichts anfangen¹³⁷. Sie wollten sich auch nicht mit dem bis dahin Erreichten begnügen, sondern übten scharfe Kritik am „System“ der Bundesrepublik und forderten eine umfassende „Demokratisierung“ der Gesellschaft. Dazu betrieben sie, geleitet von der marxistischen bzw. „kritischen“ Theorie, die Re-Ideologisierung der Sozialdemokratie: Die Jusos holten die roten Fahnen, welche nach Godesberg eingemottet worden waren, wieder aus der Rumpelkammer der „Traditionskompanie“ hervor und konfrontierten die älteren Genossen mit dem Vorwurf, die Partei habe mit ihren sozialistischen Traditionen gebrochen und huldige lediglich einem opportunistischen Pragmatismus. Parallel dazu tobte ein Kampf um Mandate und Positionen, denn die Jusos drängten vehement in die politische Verantwortung, um ihre theoretischen Konzepte in die Praxis umzusetzen, während die arrivierten Sozialdemokraten keineswegs gewillt waren, ihre Machtbasis kampfflos zu räumen¹³⁸.

Schauplätze dieser Auseinandersetzungen waren hauptsächlich die großstädtischen Hochburgen der SPD mit ihren Universitäten, Fachhochschulen, Gymnasien und anderen Bildungseinrichtungen und,

¹³⁶ Vgl. dazu ausführlich LÖSCHE - WALTER, SPD, 146-157.

¹³⁷ Zur vereinsmeiernen Gemütlichkeit in den SPD-Ortsvereinen vor der Eintrittswelle junger Genossen vgl. Georg KRONAWITTER, Mit allen Listen und Kniffen. Strategie und Taktik der dogmatischen Linken in der SPD, 1979, 22-25.

¹³⁸ Vgl. dazu Karl Dietrich BRACHER - Wolfgang JÄGER - Werner LINK, Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt [Karl-Dietrich BRACHER u.a. (Hg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5], 1986, 34-42 und 97-102; LÖSCHE - WALTER, SPD, 336-339; Dietmar SÜSS, Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945-1976, 2003 (Bayern im Bund, Bd. 4), 405-413.

nicht zu vergessen, ihren roten Rathäusern, deren Repräsentanten für die Jusos schon bald die innerparteiliche wie die gesellschaftliche „Reaktion“ verkörperten. Im Freistaat bildete die Landeshauptstadt, die sich seit Jahrzehnten fest in sozialdemokratischer Hand befand, ab 1970 das Epizentrum des Konflikts¹³⁹. Hier lag der überaus populäre Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel in Dauerfehde mit Rudolf Schöfberger, dem Landesvorsitzenden der bayerischen Jusos, wobei sich die innerparteilichen Kräfteverhältnisse mit der Zeit immer weiter nach links verschoben, da viele Altgenossen resignierten und entnervt aus der SPD austraten. Der Dauerkonflikt zwischen der SPD und ihrer Nachwuchsorganisation blieb freilich nicht auf die Landeshauptstadt beschränkt, vielerorts herrschten „Münchner Verhältnisse“. In der proletarischen Provinz erreichten die Auseinandersetzungen eine ähnliche Heftigkeit¹⁴⁰, wenn auch nicht dieselbe überregionale Publizität. Auf dem Land sah es etwas anders aus: In manchen Regionen befehdeten sich die lokalen Vogels und Schöfbergers wie in der Isarmetropole, während andere Landstriche von derartigen Turbulenzen weitgehend verschont blieben¹⁴¹.

Auch in Wasserburg hatten die Bundestagswahl von 1969, der „Machtwechsel“ und Brandts Versprechen, „mehr Demokratie wagen“ zu wollen¹⁴², unter den jungen Leuten große Hoffnungen geweckt, die jedoch in scharfem Kontrast zu den beengenden Verhältnissen der ländlichen bzw. kleinstädtischen Lebenswelt standen. Einige von ihnen beschlossen, nicht zuletzt von den Ereignissen in München inspiriert, eine Juso-Gruppe in der Kreisstadt aufzubauen, doch ging ihre Initiative zunächst ins Leere. Das änderte sich erst, als Michael Buckmiller dazukam, der zwar aus Wasserburg stammte, aber schon seit geraumer Zeit in München studierte und im Ruf stand, ein echter Revolutionär zu sein. Akademische Bildung, rhetorische Begabung, der theoretisch-wissenschaftliche Universitäts-slang jener Tage und seine Erfahrungen aus der Studentenbewegung ließen ihn blitzartig zum „Durchblicker“, zur unumstrittenen Führungspersönlichkeit aufsteigen.

¹³⁹ Vgl. dazu ausführlich LÖSCHE - WALTER, SPD, 339-364.

¹⁴⁰ Vgl. dazu ausführlich SÜSS, Kumpel und Genossen, 405-436.

¹⁴¹ Vgl. dazu und im folgenden, soweit nicht anders gekennzeichnet, BALCAR, Politik, 376-378; BUCKMILLER - FENZL, „Auf'm Land is nix los ...“, 159-171.

¹⁴² Brandts Regierungserklärung von 1969 abgedruckt in Klaus VON BEYME (Hg.), Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, 1979, hier 252.

Nach einer Diskussions- und Orientierungsphase trat die Gruppe im Februar und März 1971 geschlossen in die SPD ein, in der sie schnell Einfluß gewinnen und wichtige Positionen besetzen konnte. Dabei kam den Jusos zugute, daß Ortsverein und Kreisverband, durch persönliche Konflikte und Animositäten geschwächt, schon seit Jahren am Boden lagen¹⁴³. Belastend wirkte sich vor allem das gespannte Verhältnis zwischen den Vorsitzenden des Ortsvereins und des Kreisverbands, Rudolf Heinz und Willi Kreck, aus, die um die Nachfolge Gabriel Neumeiers als Bürgermeister der Kreisstadt konkurrierten¹⁴⁴. Daher wurden die Jungsozialisten, die sich schon lange für eine Beendigung der Streitigkeiten stark gemacht hatten¹⁴⁵, nicht nur mit offenen Armen aufgenommen, sondern auch umgehend in Funktionen gewählt: Nach der Neuwahl des Wasserburger Ortsvereinsvorstands am 27. März 1971 stellten die Jusos den stellvertretenden Vorsitzenden, den Kassier und alle fünf Beisitzer, dazu kamen 18 von 25 Delegierten zur Kreiskonferenz, von denen einige der Partei erst wenige Tage angehörten¹⁴⁶.

Dadurch verschob sich das Kräfteverhältnis auf der wenig später stattfindenden Kreiskonferenz, auf der Herbert Witt zum Nachfolger Willi Krecks gewählt wurde. Kreck und einige andere wollten sich mit dieser Niederlage nicht abfinden. Sie fochten die Wahl mit der Begründung an, daß eine Reihe von Delegierten noch nicht zwei Jahre der Partei angehörten, wie es Paragraph 13 der Parteisatzung vorschrieb¹⁴⁷. Ortsverein und Kreisverband bestanden jedoch darauf, die jungen Genossen sogleich in die Verantwortung zu nehmen: „Unsere Jungsozialisten sind [...] weder Radikale noch Utopisten, sondern maßvolle, vernünftige, überaus interessierte und für politische Fairness eintretende junge Parteifreunde. [...] Ohne Jungsozialisten ist hier in Wasserburg eine sinnvolle und erfolversprechende Parteiarbeit nicht mehr möglich. Auch Wahlkämpfe können

¹⁴³ Walter Treitinger, lange Jahre der starke Mann im Kreisverband Wasserburg, hatte nach parteiinternen Auseinandersetzungen, die bis zu persönlichen Beleidigungen reichten, das Handtuch geworfen. Alle Versuche des Bezirksvorstands, „in der Wasserburger Organisation Frieden einkehren zu lassen“, waren gescheitert. AdsD, Bezirk Südbayern 41, Max Allmer an Hans Höchtel vom 30.1.1969.

¹⁴⁴ AdsD, Bezirk Südbayern 19, Willi Kreck an Rudolf Heinz vom 27.10.1969, und ebenda, Rudolf Heinz an Willi Kreck vom 29.10.1969.

¹⁴⁵ AdsD, Bezirk Südbayern 146, Aufruf der Jungsozialisten im Kreis Wasserburg am Inn, undatiert (Juni 1970).

¹⁴⁶ Diese Angaben nach AdsD, Bezirk Südbayern 146, Rudolf Heinz an den Bezirk Südbayern vom 30.3.1971, und ebenda, Kreisverband Wasserburg an den Bezirk Südbayern vom 4.4.1971, sowie die Aufstellung in ebenda, Rudolf Heinz an Max Allmer vom 2.5.1971.

¹⁴⁷ AdsD, Bezirk Südbayern 146, Walter Kaufmann an Ludwig Kessler vom 21.4.1971.

ohne sie hier nicht mehr durchgeführt werden. [...] Unser Ziel ist es nun, unsere Jungsozialisten so in die Parteiarbeit einzuführen, daß sie [...] Verantwortung tragen können, ohne dabei aber die Basis des Godesberger Programms zu verlassen. Wir können damit jedoch nicht noch ein, zwei Jahre warten, bis sie eine zweijährige Mitgliedschaft vorzuweisen haben. Wir müssen jetzt neu anfangen. Später wäre es wohl zu spät.“¹⁴⁸ Herbert Witt, der frischgebackene Kreisvorsitzende, wurde noch deutlicher: „Wenn Ihr einen Fortbestand der Partei im Kreis Wasserburg wünscht, dann bleibt Euch nichts anderes übrig, als die Delegierten zu bestätigen.“¹⁴⁹ So kam es schließlich auch.

Allerdings sollte das Verhältnis zwischen SPD und Jungsozialisten nicht lange spannungsfrei bleiben, denn auch in Wasserburg wirkten die Konflikte in der Landeshauptstadt als „Katalysator des Protests“¹⁵⁰. Bald sorgten die Jusos am Inn mit Veranstaltungen zur Kriegsdienstverweigerung und zur Bildungsmisere auf dem Land für Schlagzeilen, und sie begannen, in der Kommunalpolitik, etwa beim Bau einer neuen Kläranlage, unangenehme Fragen zu stellen. Mit einer eigenen Druckmaschine ausgerüstet, von der sie reichlichen Gebrauch machten, überschwemmten die jungen Wilden die Kreisstadt mit einer regelrechten Flut von Flugblättern, welche die SPD immer wieder in eine höchst unangenehme Lage brachte¹⁵¹. Das galt vor allem für ihre Stellungnahmen zur Gebietsreform: Die Jusos vertraten die Ansicht, daß in erster Linie die ortsansässigen Kleinunternehmer, die sich am meisten gegen die Auflösung des Landkreises sträubten, die Verantwortung für die Strukturschwäche Wasserburgs trügen, da sie, aus Angst vor höheren Lohnforderungen, die Ansiedlung von Industriebetrieben und so ein Wachstum des Kreises verhindert hätten. Obwohl sie damit nicht ganz falsch lagen, unterminierten die Jusos damit nicht nur die Position der SPD, sondern verloren in der aufgepeitschten Stimmung selbst jeden Rückhalt. Anfeindungen, sogar Drohungen gegen die Gruppe und einzelne Mitglieder häuften sich, was die beabsichtigte Wirkung offenbar nicht verfehlte. Als sich die Jungsozialisten bei der Aufstellung des Bürgermeisterkandidaten nicht durchsetzen konnten, resignierten viele und traten aus der SPD aus. Damit endeten

¹⁴⁸ AdsD, Bezirk Südbayern 146, Rudolf Heinz an Max Allmer vom 2.5.1971.

¹⁴⁹ AdsD, Bezirk Südbayern 146, Herbert Witt an Max Allmer vom 5.5.1971.

¹⁵⁰ SÜSS, Kumpel und Genossen (wie Anm. 139), 411.

¹⁵¹ Dazu AdsD, Bezirk Südbayern 131, Tätigkeitsbericht des Unterbezirks Inn-Salzach im November 1971, undatiert, und ebenda, Tätigkeitsbericht des Unterbezirks Inn-Salzach im Dezember 1971, undatiert.

zwar die parteiinternen Konflikte in Ortsverein und Kreisverband, aber nun fehlte der Wasserburger SPD auch der frische Wind, den die Jusos in die paralysierte Partei getragen hatten.

Die negativen Folgen waren für die Sozialdemokratie am Inn damit freilich noch längst nicht ausgestanden, denn dem Sog der Landeshauptstadt konnte sich die SPD nirgends entziehen. Schließlich wurden die heftigen Auseinandersetzungen in München von den Medien bis in den letzten Winkel des Landes transportiert und dort aufmerksam registriert. Bei der großen Mehrheit der Landbevölkerung stießen das Auftreten und die politischen Vorstellungen der Jusos auf schroffe Ablehnung, und so büßte die SPD - ganz unabhängig davon, wie die Verhältnisse vor Ort lagen - viel von dem Kredit, den sie sich in den 1960er Jahren in mühevoller Kleinarbeit erworben hatte, schlagartig wieder ein.

Daß auch die SPD-Gliederungen im ländlichen Raum in den Münchner Konflikt hineingezogen wurden, lag vor allem am unsensiblen Verhalten der jungen Wilden. So schob, um nur ein Beispiel zu nennen, die Unterbezirkskonferenz der Münchner Jungsozialisten die Schuld am schlechten Abschneiden der SPD in der Landtagswahl von 1970 den angeblich untätigen und unpolitischen Sozialdemokraten auf dem Land zu¹⁵². Dies löste bei den Angesprochenen einen Aufschrei der Empörung aus¹⁵³, und auch der Bezirksvorstand sah sich veranlaßt, eine Lanze für seine angegriffenen Genossen zu brechen. Georg Kronawitter stellte sich „entschieden vor die ländliche SPD, der von Münchner Jungsozialisten vorgeworfen wurde, sie bestehe oft nur aus profillosen kommunalen Wahlvereinen, sie scheue ein klares Auftreten gegenüber der CSU, sie zeige abgrundtiefe Ideologie- und Prinzipienlosigkeit und ein unterentwickeltes politisches Bewußtsein.“¹⁵⁴ Diese Pauschalurteile zeugten, so der Bezirksvorsitzende, lediglich von einer rein theoretischen Kenntnis der Verhältnisse. In Wahrheit kämpften Tausende von SPD-Mitgliedern auf dem Land mit aller Macht und „oft als einzelne gegen eine erdrückende CSU-Mehrheit“. Man müsse die-

¹⁵² Süddeutsche Zeitung vom 25.11.1970; Hans-Jochen VOGEL, Die Amtskette. Meine 12 Münchner Jahre, 1972, 226. Bei dieser Gelegenheit forderte Schöffberger - diesmal ganz unmißverständlich - die Ablösung des Fraktions- und Landesvorsitzenden Volkmar Gabert, mit dem man erwiesenermaßen keine Wahlen gewinnen könne. Sylvia STREECK - Wolfgang STREECK, Parteiensystem und Status quo. Drei Studien zum innerparteilichen Konflikt, 1972, 77-78.

¹⁵³ Beispielsweise AdSD, Bezirk Südbayern 145, Kreisverband Erding an den Bezirk Südbayern vom 28.12.1970.

¹⁵⁴ AdSD, Bezirk Südbayern 110, Fernschreiben SPD Südbayern vom 25.11.1970. Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

sen Mitgliedern für ihre Wahlkampfarbeit besonders danken - viele bezahlten ihr mutiges Eintreten für die SPD auch heute noch „mit gesellschaftlicher Isolierung, ja sogar mit wirtschaftlichen Nachteilen“. Den „Extremisten unter den Münchner Jungsozialisten“ empfahl Kronawitter, sie „sollten einmal hinaus aus ihrer selbstgefälligen Isolierung und in den Wirtsstuben der Landgemeinden ihre Theorien vertreten, dann kämen sie sicher rasch zu anderen Ergebnissen.“

Je mehr sich der Konflikt in München zuspitzte, desto lauter wurden die Stimmen aus der Provinz, die den Vorstand des Bezirks Südbayern aufforderten, „im Unterbezirk München mit dem eisernen Besen zu kehren“¹⁵⁵. Ein aufgebrachter Sozialdemokrat aus Burgkirchen an der Alz meinte, alle Welt kenne doch die Namen jener „Superlinken“, die durch ihr „parteischädigendes Verhalten“ dafür verantwortlich seien, daß die SPD in der Wählergunst rapide absinke. „Wenn eine so engagierte und wahrlich nicht konservative Politikerin wie Ingrid Schönhuber den Krempel hinschmeißt, wenn ein Erwin Essl resigniert, sich von den Exponenten der Münchner Partei distanziert und wenn manch andere bewährte Genossen die Schnauze gestrichen voll haben (man muß dies schon so deutlich zum Ausdruck bringen), dann meine ich, ist es allerhöchste Zeit, daß endlich etwas geschieht [...]“. Diese Aufforderung war mit einer ernststen Mahnung verbunden: Wenn der Bezirk nicht bald einschreite, werde die Partei in der kommenden Landtagswahl „zurücksinken in das Getto der 30 Prozent.“ Nur durch eine „überzeugende Selbstreinigung“ sei die SPD noch zu retten, unterbleibe sie, „können wir uns jede Mark für den Wahlkampf sparen.“

In der Tat lieferten die Re-Ideologisierungstendenzen der Jungsozialisten der CSU seit Anfang der 1970er Jahre beständig Munition im Wahlkampf. So zeichnete beispielsweise Ministerpräsident Alfons Goppel ein düsteres Bild der Zukunft Bayerns, sollte die SPD nach der Landtagswahl von 1970 auch im Freistaat die Regierung stellen. Die Sozialdemokratie weiche, so Goppel auf einer Kundgebung in Nördlingen, unter dem Einfluß linksradikaler Jungsozialisten vom Pfad der Demokratie ab¹⁵⁶, und im Wahlkampf von 1972 rückte ein Referent der Jungen Union SPD und Jusos in die Nähe von DKP und RAF¹⁵⁷. Das mochte in dieser Schärfe ein Einzelfall

¹⁵⁵ AdsD, Bezirk Südbayern 96, Robert Deser an Alfons Bayerl vom 20.11.1973. Die folgenden Zitate finden sich ebenda.

¹⁵⁶ Rieser Nachrichten vom 9.11.1970 („Goppel: Wir haben keine Scheu vor der Verantwortung“).

¹⁵⁷ Rieser Nachrichten vom 3.10.1972 („Linksradikalismus in der Bundesrepublik“).

sein, doch gehörte der Hinweis auf die Gefahren, die von den Jungsozialisten und damit von der SPD ausgingen, in jenen Jahren zum Standardrepertoire der CSU. Auf Dauer konterkarierten die Jusos mit ihrem Verhalten den mit Godesberg begonnenen Versuch der SPD, den ideologisch-programmatischen Ballast der Arbeiterbewegung abzuwerfen, um durch die Erschließung neuer Wählerschichten mehrheitsfähig zu werden.

Wie sehr sie der Partei gerade auf dem Land schadeten, bemerkten die jungen Wilden in München jedoch nicht. Die Konflikte gingen auch im Vorfeld der Landtagswahl von 1974 mit unverminderter Härte weiter. Dabei tat sich Siegmар Geiselberger, der als das „Enfant terrible der Partei“¹⁵⁸ und als Protagonist der radikalen Linken unter den Münchner Jusos galt, besonders hervor. Ende August 1974, pünktlich zum Auftakt der heißen Phase des Landtagswahlkampfes, erschienen Geiselbergers „Thesen zu Bodenreformplänen und Stadtentwicklungspolitik“, in denen der Münchner Stadtrat für eine Aufhebung des „Privateigentum[s] am Boden“ plädierte, was „gleichzeitig auch die Frage der Beseitigung des Privateigentums an allen Produktionsmitteln und damit die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft“ aufwerfe¹⁵⁹. Bei Licht besehen, enthielten die in krauser marxistischer Phraseologie gehaltenen Aussagen wenig Neues - ähnliche Forderungen hatten die Münchner Jusos schon in ihrem kommunalpolitischen Grundsatzprogramm von 1970 aufgestellt¹⁶⁰; Geiselberger drosch das leere Stroh nur noch ein zweites Mal. Doch angesichts der verhärteten Fronten sah, zumal im Wahlkampf, niemand so genau hin. Die Presse bauschte Geiselbergers „Bodenthesen“ umgehend zum „Generalangriff auf Eigentum und Wirtschaftsordnung“ auf¹⁶¹ und kolportierte gar, „Geiselbergers Ent eignungskonzept will die sozialistische Revolution“¹⁶², bis schließlich die Forderung laut wurde: „Jetzt müssen sich die Sozialdemokraten entscheiden“¹⁶³. Die mächtigen innerparteilichen Wider-

¹⁵⁸ LÖSCHE - WALTER, SPD, 352. Zu Geiselberger und den Querelen von 1974 vgl. im folgenden ebenda, 352-354.

¹⁵⁹ Siegmар GEISELBERGER: Thesen zu Bodenreformplänen und Stadtentwicklungspolitik, in: juso-information Juni/Juli 1974, 31-36, Zitat 36. Ein Exemplar findet sich in: AdSD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmар Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“.

¹⁶⁰ Dazu STREECK - STREECK, Parteiensystem, 78-83.

¹⁶¹ So lautete der Titel eines großen Artikels im Münchner Stadtanzeiger vom 30.8.1974.

¹⁶² So lautete die Überschrift einer „Analyse“ der Geiselbergerschen „Bodenthesen“ im Münchner Stadtanzeiger vom 30.8.1974. Weiter hieß es dort völlig überzogen, „diese Thesen entsprechen den Kernthesen des Kommunismus“.

¹⁶³ So der Titel eines weiteren Artikels im Münchner Stadtanzeiger vom 13.9.1974.

sacher ließen sich die Chance nicht entgehen, mit dem mißliebigen Stadtrat abzurechnen und leiteten ein Parteiordnungsverfahren gegen den stellvertretenden Münchner Unterbezirksvorsitzenden ein¹⁶⁴.

In dieser Situation fand am 1. Oktober 1974 eine Konferenz der Münchner Jungsozialisten statt, auf der sich Geiselberger endgültig um Kopf und Kragen redete. Aufgepeitscht von seinen enthusiastischen jungen Freunden, ließ er sich zu heftigen Ausfällen gegen die SPD hinreißen, der er „Eigenheimermentalität“ unterstellte¹⁶⁵. Seine Suade gipfelte schließlich in dem berühmten Ausspruch: „Es ist mir scheißegal, ob die SPD die Mehrheit hat, wenn sie CSU-Politik macht.“ Auch wenn dieses Zitat aus dem Zusammenhang gerissen war¹⁶⁶, brachte es das Faß zum Überlaufen. Der Bezirk Südbayern beschloß am 7. Oktober, Geiselbergers Mitgliedschaft bis zum Abschluß des laufenden Parteiordnungsverfahrens ruhen zu lassen¹⁶⁷, und seine Fraktionskollegen kündigten öffentlich an, ihn notfalls aus dem Sitzungssaal zu werfen, sollte er dort nochmals erscheinen. Sein endgültiger Parteiausschluß war nur noch eine Frage der Zeit. Der SPD blieb nun gar nichts anderes übrig, als entschlossen durchzugreifen, wollte sie bei Mitgliedern und Wählern nicht noch weiteren Kredit verlieren. Vor allem aus ländlichen Regionen brach eine Sturmflut der Empörung über Geiselberger herein. Nicht wenige Genossen traten wutentbrannt aus der Partei aus. Ein Sozialdemokrat aus Grons Dorf begründete diesen Schritt mit den Worten: „Da ich auch zu den Bürgern gehöre, die sich mit Fleiß und Ausdauer eine eigene Existenz geschaffen haben, muß ich aufgrund der

¹⁶⁴ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Landesvorstand der bayerischen SPD an den Bezirk Südbayern vom 13.9.1974.

¹⁶⁵ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Helmut Rothmund an Alfons Bayerl vom 4.10.1974. Das folgende Zitat ebenda und in: Der Spiegel vom 4.10.1974, 34 („Blattschuß fällig“).

¹⁶⁶ Geiselberger wollte sich, nach eigener Aussage, dagegen verwahren, daß die SPD vor Wahlen Teile ihres Programms - im konkreten Fall die Hannoveraner Bodenbeschlüsse von 1973 - verstecke. „Es könne doch nicht allein um eine Mehrheit gehen. Es sei doch scheißegal, wenn die SPD eine Mehrheit hätte, aber CSU-Politik vertreten würde. Die SPD müsse mit ihrem Programm von den Wählern akzeptiert werden. Deshalb gebe es nie einen günstigen oder ungünstigen Zeitpunkt, sondern die dauernde Aufgabe - auch vor den Wahlen - Programmpunkte klar zu vertreten.“ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Siegmar Geiselberger an den Vorstand des SPD-Bezirks Südbayern vom 2.10.1974.

¹⁶⁷ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Vorstand des SPD-Bezirks Südbayern an alle Organisationsgliederungen vom 10.10.1974.

Thesen über Enteignung allen Privatbesitzes des Dr. Geiselbergers [sic!] damit rechnen[,] um die Früchte meiner Arbeit gebracht zu werden.“¹⁶⁸ Noch besorgniserregender war die Tatsache, daß sich die neuerlichen Querschüsse aus München niederschmetternd auf die Moral der Mitglieder im Wahlkampf auswirkten. Es sei „einfach nicht zu glauben“, wettete der Landtagsabgeordnete Martin Erhard, „daß der Genosse Geiselberger unmittelbar jetzt vor den Landtagswahlen wieder das Kuckucksei, so mit der Bodensituation, uns ins Nest legt.“¹⁶⁹ Überall halte man den Genossen nun vor, „was wollt Ihr denn, wenn Ihr tatsächlich an die Macht kommt, dann wollt Ihr ja letzten Endes uns auch noch unser Häuschen wegnehmen.“ Und Walter Hartshausen, der stellvertretende Kreisvorsitzende aus Dillingen an der Donau, meinte erbost, es sei „langsam nicht mehr auszuhalten, was sich ein Siegmар Geiselberger sowie die Münchner Jungsozialisten unter dem Namen der SPD erlauben. Nahezu täglich wird man in der Presse z[ur] Z[ei]t mit den unqualifizierten Äußerungen und Handlungen dieser Clique, welche ich bei tolerantestem Verhalten nicht mehr als Parteifreunde bezeichnen kann, konfrontiert. Ich sehe es nicht länger ein, daß wir uns auf dem flachen Lande unter weit schwierigeren Verhältnissen jetzt im Wahlkampf tagtäglich abmühen während unserer Freizeit und diese ‚Gesellen‘ es zunichte machen. Die Mitglieder der Partei sowie die Wähler sind sehr empört über diese Kuckuckseier, die uns aus diesem Kreis in das Nest gelegt werden.“¹⁷⁰ Harthausen befürchtete, daß Geiselbergers Eskapaden die SPD mindestens drei bis vier Prozentpunkte kosten würden und plädierte daher für den umgehenden Ausschluß des notorischen Quertreibers. „Oder ist es notwendig[,] vom flachen Lande aus eine Bewegung zu starten[,] um die Vernunft und das Godesberger Programm wieder nach München zu tragen? Immer mehr Parteifreunde sind nicht mehr bereit[,] ihre Funktionen in den Parteigliederungen auszuüben. Sie sind nicht mehr bereit[,] etwas für die bayerische SPD zu tun[,] da es am nächsten Tag mit ‚Münchner Ereignissen‘ wieder kaputt gemacht wird.“ Auch im Unterbezirk Oberland gährte es, wie der Landtagsabgeord-

¹⁶⁸ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Ludwig Heneger an den Bezirk Südbayern vom 30.8.1974.

¹⁶⁹ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Martin Erhard an den Bezirk Südbayern vom 29.8.1974. Das folgende Zitat ebenda.

¹⁷⁰ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Walter Hartshausen an den Bezirk Südbayern vom 3.10.1974. Das folgende Zitat ebenda.

nete Reinhold Kaub dem Bezirksvorstand mitteilte: „Sämtliche Vorsitzenden berichteten, wie verheerend sich diese Vorschläge innerhalb der Bevölkerung und innerhalb ihrer Ortsvereine ausgewirkt hätten. Die Empörung sei weit verbreitet; bei manchen Genossen sei die Bereitschaft zur Mitarbeit im Wahlkampf erlahmt.“¹⁷¹ Was die Genossen auf dem Land am meisten verbitterte, war die Tatsache, daß Geiselberger durch seine naßforsche Thesen mit einem Schlag all ihre Bemühungen zunichte machte, die Propaganda der CSU zu entkräften, die SPD werde zu einer umfassenden Sozialisierung schreiten, wenn sie in Bayern erst regiere. „Seit Jahren haben wir uns bemüht, eine sinnvolle Neuorientierung der Bodenordnung gegenüber den immer wiederkehrenden Behauptungen der CSU, die SPD wolle alle Grundbesitzer enteignen, zu verteidigen. Es ist deprimierend mitansehen zu müssen, daß die CSU nunmehr im Nachhinein eine scheinbare Bestätigung ihrer Behauptungen erhält, zumal es bei der jetzigen Sachlage nur noch sehr schwer glaubhaft zu machen ist, daß es sich hier um einen Einzelgänger handelt.“¹⁷² Manche Sozialdemokraten glaubten nicht mehr an den Zufall und unterstellten Geiselberger ganz offen, für den politischen Gegner zu arbeiten: „Dieser noble Herr[,] dessen einziges Ziel es ist, unsere Partei zu schädigen, zu hintergehen, zu vernichten, und hauptsächlich dem Wähler unglaubwürdig zu machen. Jedesmal und zwar schon seit Jahren[,] wenn eine Wahl vor der Tür steht[,] kriecht Er [sic!] aus seinen Löchern hervor und spuckt uns allen ins Gesicht[,] nur um seinem Herrn und Gott[,] dem heiligen Franz Josef aus Rott am Inn [zu] gefallen. Dieser noble Herr spielt dann den verrückten links außen [sic!] und er weiß dann genau, daß er mit dieser Methode den meisten Erfolg hat. Auch bei uns im Ortsverein besteht die Gefahr, daß mehrere Genossen aus der Partei austreten werden[,] wenn man solche Parteischädlinge zu halten gedenkt. Keiner unserer Genossen will mehr einen Handstreich an Parteiarbeit machen[,] solange unsere Parteiführung Theater spielt und diese[m] Parteischädling einen Schutzmantel umzuhängen gedenkt.“¹⁷³

¹⁷¹ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Reinhold Kaub an den Vorstand des SPD-Bezirks Südbayern vom 9.9.1974.

¹⁷² AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Adolf W. Schäfer an den Bezirk Südbayern vom 6.9.1974.

¹⁷³ AdsD, Bezirk Südbayern, ungeordneter Bestand, Schnellhefter „Siegmar Geiselberger: Anordnung gemäß § 18 Einleitung eines PO-Verfahrens“, Ortsverein Wielenbach-Untertausen an Alfons Bayerl und Max Allmer vom 14.9.1974.

Zumindest was die Befürchtungen betraf, die SPD werde bei den kommenden Landtagswahlen die Quittung für die anarchischen Zustände im Unterbezirk München erhalten, sollten die kritischen Stimmen aus den ländlichen Regionen Recht behalten. Am 27. Oktober 1974 brach ein regelrechtes Strafgericht des Wählers über die bayerische Sozialdemokratie herein, die nicht nur in der Landeshauptstadt, sondern in allen Wahlkreisen herbe Verluste verkraften mußte¹⁷⁴. Wenn die SPD überhaupt jemals eine Chance besessen hatte, sich auf dem Land zu einer echten Alternative zur CSU zu entwickeln, dann in den 1960er und frühen 1970er Jahren. Sie wurde vertan: Die schrillen Töne des Parteienwachstums in den Großstädten und teilweise auch in den ländlichen Regionen selbst ließen die zarten Knospen des sozialdemokratischen Frühlings erfrieren, noch ehe sie zu voller Pracht erblüht waren. So ging der „sozialdemokratische Frühling“ vorüber, ohne daß ihm ein Sommer folgte - und auf diesen Sommer wartet die bayerische Sozialdemokratie bis heute vergebens.

¹⁷⁴ Siehe dazu die detaillierte Aufstellung in Statistisches Jahrbuch für Bayern 31 (1975), 100-113.

Gedruckte und ungedruckte Quellen

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD) (Archivaliennachweise vgl. Anmerkungen).

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München (IfZ-Archiv) (Archivaliennachweise vgl. Anmerkungen).

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung (ACSP) (Archivaliennachweise vgl. Anmerkungen).

Stadtarchiv Wasserburg a. Inn (Archivaliennachweise vgl. Anmerkungen).

Augsburger Zeitung vom 6.10.1971 („Nochmals zwei Landkreise weniger für Schwaben“).

Mindelheimer Zeitung vom 24.5.1971 („Der neue Weg zur Kreisreform“).

Oberbayerisches Volksblatt vom 13.8.1949 („Thomas Wimmer als Wahlredner“).

Oberbayerisches Volksblatt vom 19.7.1949 („SPD eröffnet den Wahlkampf“).

Oberbayerisches Volksblatt vom 2.4.1949 („Flüchtlinge dürfen sich nicht zersplittern“)

Oberbayerisches Volksblatt vom 27.4.1948 („Die gewählten Landbürgermeister“).

Oberbayerisches Volksblatt vom 7.7.1949 („Die Fraktionsarbeit der SPD Wasserburg“).

Oberbayerisches Volksblatt vom 7.7.1949 („Die Fraktionsarbeit der SPD Wasserburg“)

Rieser Nachrichten vom 3.10.1972 („Linksradikalismus in der Bundesrepublik“).

Rieser Nachrichten vom 9.11.1970 („Goppel: Wir haben keine Scheu vor der Verantwortung“).

Süddeutsche Zeitung vom 23./24.1.1971 („Gebietsreform kann alle Grenzen sprengen“).

Süddeutsche Zeitung vom 25.11.1970

Wasserburger Anzeiger vom 15.5.1920

Wasserburger Zeitung vom 23.11.1950 („Die Landtagskandidaten des Stimmkreises Wasserburg-Mühlendorf“).

Statistisches Jahrbuch für Bayern 23 (1947), 345 und 337.

Statistisches Jahrbuch für Bayern 24 (1952), 431.

Statistisches Jahrbuch für Bayern 30 (1972), 11.

Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 57 (1925),
177

Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 63 (1931),
82-83.

Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 64 (1932),
399 und 393.

Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 64 (1932),
458-459.

Barbara FAIT – Alf MINTZEL – Thomas SCHLEMMER (Hg.),
Die CSU 1945-1948. Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte
der Christlich-Sozialen Union, 3 Bde., 1993, 1734-1736.

Dieter DOWE – Kurt KLOTZBACH (Hg.), Programmatische Do-
kumente der deutschen Sozialdemokratie, 31990, 349-370.

Erich HELMENS DORFER (Hg.), Handbuch des Bayerischen
Landtags, o.J. [1955], 196.

Literaturverzeichnis

Alf MINTZEL, Gehen Bayerns Uhren wirklich anders?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 18 (1987), 77-93.

Alf MINTZEL, Geschichte der CSU. Ein Überblick, 1977.

Alf MINTZEL, Regionale politische Traditionen und CSU-Hegemonie in Bayern, in: Dieter OBERNDÖRFER – Karl SCHMITT (Hg.), Parteien und regionale Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, 1991, 125-180.

Alf MINTZEL, Strategie und Organisation. Sozio-strukturelle Schwächen von SPD und FDP in Bayern, in: Stefan IMMERFALL u.a.: Parteien in Bayern. Vier Studien, Passau 1996 (Passauer Papiere zur Sozialwissenschaft, Bd. 15), 103-176.

Andreas EICHMÜLLER, „I hab' nie viel verdient, weil i immer g'schaut hab, daß as Anwesen mitgeht.“ Arbeiterbauern in Bayern nach 1945, in: Thomas SCHLEMMER – Hans WOLLER (Hg.), Bayern im Bund, Bd. II: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, 2002, 179-268.

Anton GROßMANN, Milieubedingungen von Verfolgung und Widerstand am Beispiel ausgewählter Ortsvereine der SPD, in: ebenda, 433-540.

Arnulf BARING, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, 1982.

Bernd VAN DEENEN, Der Wandel von Werten und Verhaltensweisen auf dem Land. Dargestellt am Beispiel Familie, Ehe, Sexualität, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.), Auf dem Lande leben, 1983, 97-110.

Carl AMERY, Leb wohl geliebtes Volk der Bayern, 1996.

Dietmar GRYPA, Zur innerkirchlichen Diskussion um die politische Betätigung katholischer Geistlicher in Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Helmut FLACHENECKER – Klaus Walter LITTEGER (Hg.), Beiträge zur Eichstätter Geschichte. Brun Appel zum 65. Geburtstag, 1999, 531-576.

Dietmar PETZINA, Standortverschiebungen und regionale Wirtschaftskraft in der Bundesrepublik Deutschland seit den fünfziger Jahren, in: Josef WYSOCKI (Hg.), Wirtschaftliche Integration und Wandel von Raumstrukturen im 19. und 20. Jahrhundert 1994, 101-127.

Eckart BOHN, Wirtschaftsstruktureller Wandel und gesellschaftliche Orientierung. Eine empirische Studie über den ländlichen

sozio-ökonomischen Wandel und seine Reflexion im Bewußtsein und Verhalten von Bauern und Arbeiterbauern, 1980.

Elmar POSCHEN, Die ökonomischen Folgen der kommunalen Gebietsreform für die betroffenen Bürger und Unternehmen. Eine Untersuchung an ausgedehnten Modellfällen in der Bundesrepublik Deutschland, 1983 (Schriftenreihe kommunale Gebietsreform, Bd. 2).

Emil WERNER, Im Dienst der Demokratie. Die bayerische Sozialdemokratie nach der Wiedergründung 1945, 1982.

Everhard HOLTSMANN, Die neuen Lassalleaner. SPD und HJ-Generation nach 1945, in: Martin BROSZAT – Klaus-Dietmar HENKE – Hans WOLLER (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, 1988, 169-210.

Georg KRONAWITTER, Mit allen Listen und Kniffen. Strategie und Taktik der dogmatischen Linken in der SPD, 1979.

Gerhard A. RITTER - Merith NIEHUSS, Wahlen in Deutschland 1946-1991. Ein Handbuch, 1991.

Gesine SCHWAN, Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Kontinuität und Wandel nach 1945, 1999.

Hans Ferdinand GROSS, Hanns Seidel 1901-1961. Eine politische Biographie. München 1992.

Hans-Jochen VOGEL, Die Amtskette. Meine 12 Münchner Jahre, 1972.

Hans-Peter SCHWARZ, Die Ära Adenauer 1957-1963, in: Karl-Dietrich BRACHER u.a. (Hg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3, 1983, 192-204.

Hartmut MEHRINGER, Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand in: Martin BROSZAT – Hartmut MEHRINGER (Hg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. V: Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand, 1983, 287-432.

Hartmut MEHRINGER, Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie, 1989.

Heike BRETSCHEIDER, Die Bildung der Viererkoalition. Die parteipolitische Konstellation in Bayern in der ersten Hälfte der Fünfziger Jahre, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 41 (178), 999-1038.

Helga GREBING, Von der „Traditionskompanie“ zur „Staatspartei“. Die Modernisierung der Sozialdemokratie in den 1950er und 1960er Jahren im regionalen Vergleich, in: Jürgen KOCKA – Hans-Jürgen PUHLE – Klaus TENFELDE (Hg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, 1994, 205-221.

Helmut KLAGES, Verlaufsanalyse eines Traditionsbruchs. Untersuchungen zum Einsetzen des Wertewandels in der Bundesrepublik Deutschland in den 60er Jahren, in: Karl Dietrich BRACHER u.a. (Hg.), Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag, 1992, 517-544.

Hermann KORTE, Eine Gesellschaft im Aufbruch. Die Bundesrepublik Deutschland in den sechziger Jahren, 1987.

Hildegard KRONAWITTER, Ein politisches Leben. Gespräche mit Volkmar Gabert, 1996.

Ilse UNGER, Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945-1957, 1979.

J.F.J. GILLEN, State and Local Government in West Germany 1945-1953, 1953.

Jürgen W. FALTER, Bayerns Uhren gehen wirklich anders. Politische Verhaltens- und Einstellungsunterschiede zwischen Bayern und dem Rest der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 13 (1982), 504-521.

Karl Dietrich BRACHER – Wolfgang JÄGER – Werner LINK, Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt, in: Karl-Dietrich BRACHER u.a. (Hg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5, 1986, 34-42 und 97-102.

Klaus SCHÖNHOFEN, Der politische Katholizismus in Bayern unter der NS-Herrschaft 1933-1945, in: Martin BROSZAT – Hartmut MEHRINGER (Hg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. V: Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand, 1983, 541-646.

Klaus SCHÖNHOFEN, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, 1972.

Klaus SCHÖNHOFEN, Zwischen Anpassung und Ausschaltung. Die Bayerische Volkspartei in der Endphase der Weimarer Republik 1932/33, in: Historische Zeitschrift 224 (1977), 340-378.

Klaus VON BEYME (Hg.), Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, 1979.

Bernhard TAUBENBERGER, Licht übers Land. Die bayerische Viererkoalition 1954-1957, 2002.

Konstanze WOLF, CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948-1960, 1982.

Kurt KLOTZBACH, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, 1982.

Kurt KLOTZBACH, SPD und katholische Kirche nach 1945. Belastungen, Mißverständnisse und Neuanfänge, in: Archiv für Sozialgeschichte 29 (1989), XXXVII-XLVII.

Dietmar SÜSS, Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945-1976, 2003 (Bayern im Bund, Bd. 4).

Manfred GÖRTEMAKER, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, 1999.

Michael BUCKMILLER – Josef FENZL, „Auf'm Land is nix los ...“. Ein Gespräch über die Dialektik von Spontaneität und Organisation in der Provinz am Beispiel Wasserburg, in: Hans Magnus ENZENSBERGER – Karl Markus MICHEL – Harald WIESER (Hg.), Kursbuch 39, „Provinz“, 1975, 155-181.

Michael SCHRÖDER, Die Partei-Lizenzierungspolitik der amerikanischen Militärregierung in Bayern nach 1945, in: DERS., Bayern nach 1945. Demokratischer Neubeginn. Interviews mit Augenzeugen, 1985, 9-14.

Michael WILDT, Privater Konsum in Westdeutschland in den 50er Jahren, in: Axel SCHILDT und Arnold SYWOTTEK (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, 1998, 275-289.

Oliver GNAD, Die Christlich-Soziale Union in Bayern. Mitgliedschaft und soziale Struktur, in: Marie-Luise RECKER – Klaus TENFELDE (Hg.), Parteien und Parlamente in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. CDU/CSU, FDP sowie die kleinen Parteien des bürgerlichen und rechten Spektrums (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 12/3), im Druck.

Otto ALTENDORFER, Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei (1888-1945), 2 Bde., 1993.

Paul ERKER, Keine Sehnsucht nach der Ruhr. Grundzüge der Industrialisierung in Bayern 1900-1970, in: Geschichte und Gesell-

schaft 17 (1991), 480-511.

Peter Jakob Kock, Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Manfred Tremml (Hg.), Geschichte des modernen Bayern. Königreich und Freistaat, 1994, 375-497.

Peter Jakob KOCK, Der Bayerische Landtag 1946 bis 1986, Bd. 1: Chronik, 1986.

Peter LONGERICH, Deutschland 1918-1933. Die Weimarer Republik. Handbuch zur Geschichte, 1995, 193-194.

Peter LÖSCHE – Franz WALTER, Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992.

Peter MERSEBURGER, Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist, 2002.

Gregor SCHÖLLGEN, Willy Brandt. Die Biographie, 2001.

Reinhold BOCKLET, Kommunale Selbstverwaltung und Gebietsreform. Verstärkung oder Minderung der politischen Anteilnahme?, in: Rainer A. ROTH (Hg.), Freistaat Bayern. Die politische Wirklichkeit eines Landes der Bundesrepublik Deutschland, 1975, 189-219.

Rolf G. HEINZE, Soziale Lage und Deutungsmuster von Arbeiterbauern, in: Onno POPPINGA (Hg), Produktion und Lebensverhältnisse auf dem Land, 1979, 194-209.

Rüdiger VOIGT, Kommunalpolitik im ländlichen Raum. Ein Plädoyer für die Wiederbelebung der lokalen Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 46-47/1986, 3-13.

Rudolf MORSEY, Katholizismus und Unionsparteien in der Ära Adenauer, in: Albrecht LANGNER (Hg.), Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949-1963, 1978, 33-59.

Siegmar GEISELBERGER: Thesen zu Bodenreformplänen und Stadtentwicklungspolitik, in: juso-information Juni/Juli 1974, 31-36.

SPD LANDESVERBAND BAYERN (Hg.), Verwaltungs- und Gebietsreform in Bayern. Die Konzeption der SPD, o.J.

Stadt und Landkreis Wasserburg am Inn. Geschichte, Kunst, Wirtschaft, 1970, 13-14.

Sylvia STREECK – Wolfgang STREECK, Parteiensystem und Status quo. Drei Studien zum innerparteilichen Konflikt, 1972.

Thomas SCHLEMMER, Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die

Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955, 1998.

Thomas SCHLEMMER, Die Amerikaner in Bayern. Militärregierung und Demokratisierung nach 1945, in: Heinrich OBERREUTER – Jürgen WEBER (Hrsg.): *Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland*, 1996, 67-99.

Ulrich PLANCK, Wertewandel und demographische Veränderung. Erwerbsgrundlage und Lebensqualität im ländlichen Raum, in: *Erwerbsgrundlagen und Lebensqualität im ländlichen Raum*, 1986 (Beiträge der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 91), 27-48.

Ulrich SCHEUNER, Voraussetzungen der kommunalen Gebietsreform, in: Christoph VON UNRUH – Werner THIEME – Ulrich SCHEUNER (Hg.), *Die Grundlagen der kommunalen Gebietsreform*, 1981 (Schriftenreihe Kommunale Gebietsreform, Bd. 1), 81-83.

Volker HENTSCHEL, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, 196.

Werner ABELSHAUSER, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, 2004.

Werner BLESSING, „Deutschland in Not, wir im Glauben ...“ Kirche und Kirchenvolk in einer katholischen Region 1933-1949 in: Martin BROZAT – Klaus-Dietmar HENKE – Hans WOLLER (Hg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, 1988, 3-111.

Werner THIEME – Günter PRILLWITZ, *Durchführung und Ergebnisse der kommunalen Gebietsreform*, 1981 (Schriftenreihe Kommunale Gebietsreform, Bd. 1).

Wolfgang BEHR, *Sozialdemokratie und Konservatismus. Ein empirischer und theoretischer Beitrag zur regionalen Parteianalyse am Beispiel der Geschichte der Nachkriegsentwicklung Bayerns*, 1969.